

**Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte**

Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris

(Institut historique allemand)

Band 26/3 (1999)

DOI: 10.11588/fr.1999.3.47726

---

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

DIETRICH ORLOW

## SOZIALISTISCHE DEUTSCHLANDPOLITIK: SFIO, SPD UND DIE ZUKUNFT DEUTSCHLANDS 1945–1950

Die deutsche Nachkriegsgeschichte und speziell die Besatzungsjahre waren lange Stiefkind der historischen Forschung. Verschlossene Archive und tagespolitische Auseinandersetzungen führten zu Vermutungen, Verschwörungstheorien verdrängten gesicherte Forschungsergebnisse. Erst als Historiker systematisch in den deutschen und alliierten einschlägigen Archiven und Nachlässen arbeiten konnten, kam eine Flut von Monographien, Konferenzberichten und Essaysammlungen auf den Markt.

Aber die Literaturfülle führte nicht nur zu neuen Erkenntnissen und schloß Informationslücken. Sie brachte auch die Gefahr, daß die Nachkriegsgeschichte Opfer neuer Legenden wurde. Wie so oft, schrieben Sieger Geschichte. Für unser Thema bedeutete dies, daß Erfolge der Adenauerschen Innen- und Außenpolitik in den fünfziger Jahren und de Gaulles Streben nach deutsch-französischer Versöhnung nach 1958 gewissermaßen vordatiert wurden, während gescheiterte Alternativvorstellungen in den Besatzungsjahren in Vergessenheit gerieten<sup>1</sup>.

Dieser Beitrag versteht sich als Versuch, die »andere« Deutschlandpolitik, die Pläne deutscher und französischer Sozialisten beziehungsweise Sozialdemokraten für die deutsche Nachkriegszukunft in den Mittelpunkt des Interesses zu rücken. Der deutschlandpolitische Beitrag der Sozialisten auf beiden Seiten des Rheins in den ersten Nachkriegsjahren ist bisher überwiegend als *quantité négligeable* bewertet worden. Der französischen *Section Française de la Internationale Ouvrière* (SFIO) wird allgemein zugeschrieben, daß ihre Führer und Aktivisten wenig Interesse an und noch weniger Einfluß auf außenpolitische Entscheidungen hatten. Von innenpolitischen und innerparteilichen Krisen geschüttelt, hätten die französischen Sozialisten weder Kraft noch Neigung gehabt, sich der nationalistischen Euphorie in Frankreich zu widersetzen<sup>2</sup>. Nach dieser Lesart wurden die Grundsätze der französischen

- 1 Zu den historiographischen Schwierigkeiten s. u. a. Helmuth AUERBACH, Die europäische Wende der französischen Deutschlandpolitik 1947/48; Hans-Peter SCHWARZ, Die Eingliederung der Bundesrepublik in die westliche Welt, in: Ludolf HERBST et al., (Hg.), Vom Marshallplan zur EWG: Die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Welt, München 1990, S. 577 Anm. 1 u. S. 597; Wilfried LOTH, Sozialismus und Internationalismus: Die französischen Sozialisten und die Nachkriegsordnung Europas, 1940–1950, Stuttgart 1977, S. 309–310 Anm. 13 u. Pierre MAILLARD, De Gaulle et L'Allemagne: Le Rêve inachevé, Paris 1990 S. 98.
- 2 Klaus HÄNSCH, Frankreich zwischen Ost und West: Die Reaktion auf den Ausbruch des Ost-West Konfliktes 1946–48, Berlin 1972, S. 28 Anm. 8, 30, 39 u. 87; Ernst WEISENFELD, Welches Deutschland soll es sein? Frankreich und die deutsche Einheit seit 1945, München 1986, S. 30; Raymond POIDEVIN, La France devant le danger allemand, 1944–1952, in: Klaus HILDEBRAND, Reiner POMMERIN (Hg.), Deutsche Frage und europäisches Gleichgewicht: Festschrift für Andreas Hill-



Deutschlandpolitik von Charles de Gaulle konzipiert und von allen Parteien (wenngleich mit unterschiedlichem Enthusiasmus) akzeptiert. Gewiß scheiterte diese Politik, aber dies lag nicht an der Opposition in Frankreich, sondern am Widerspruch der alliierten Partner, in erster Linie der Amerikaner. Einige SFIO-Führer entwickelten zwar Alternativmodelle zu de Gaulles Konzepten, doch diese, so die Kritiker, seien nicht weniger wirklichkeitsfremd gewesen, als de Gaulles Pläne. Erst nachdem der Prager Umsturz und die Berliner Blockade ihnen die letzten Illusionen raubten, hätten die französischen Sozialisten die Hoffnung aufgegeben, mit der Sowjetunion in deutschlandpolitischen Fragen vertrauensvoll zusammenzuarbeiten<sup>3</sup>.

Bei der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) schienen die Dinge noch einfacher zu liegen. Rückblickend, so die Kritiker, wäre die frühe Deutschlandpolitik der SPD eine Kette von Fehlentscheidungen gewesen. Die Partei war ein Instrument in der Hand ihres charismatischen, aber verblendeten Vorsitzenden Kurt Schumacher und dessen prononciert nationalistische Haltung fand kein positives Echo bei der Mehrheit der deutschen Wähler, während sie Mißtrauen und Feindseligkeit unter den Besatzungsoffizieren und in den Reihen der sozialistischen Bruderparteien erweckte. Zu Beginn der bundesrepublikanischen Ära und auf ein Jahrzehnt darüber hinaus, so ein politischer Gegner, war die SPD innenpolitisch gescheitert, international isoliert und von einem »geradezu fanatische[n] Haß« auf die Erfolge Adenauers und der Christdemokraten durchsetzt. Die meisten Historiker kamen zu ähnlichen Schlussfolgerungen<sup>4</sup>.

Wie die nun folgende vergleichende Analyse zu zeigen hofft, werden diese Urteile der Deutschlandpolitik der französischen und deutschen Sozialisten nicht gerecht. Das Bild von verblendeten, wirklichkeitsfremden und einflußlosen Sozialisten auf beiden Seiten des Rheins sollte, so die These dieses Beitrages, durch ein Tableau nuancierter Stellungnahmen, die sich nicht nur gegenseitig ergänzten, befruchteten und widersprachen, sondern die in vieler Hinsicht auch zukunftsweisend waren, ersetzt werden.

gruber, Köln 1985, S. 252–267 u. Philip M. WILLIAMS, *Crisis and Compromise: Politics in the Fourth Republic*, Hamden, CT 1964, S. 88ff. u. 394.

- 3 Reinhard SCHREINER, *Bidault, der MRP und die französische Deutschlandpolitik 1944–1948*, Frankfurt a. M. 1985, S. 15–15, 81 u. 106–107; Walter LIPGENS, *Innerfranzösische Kritik der Außenpolitik de Gaulles, 1944–1946*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* (hiernach: VfZ) 24 (1976) S. 145 u. 150; Wilfried LOTH, *Die französischen Sozialisten und der Marshall-Plan*, in: Othmar N. HABERL, LUTZ NIETHAMMER (Hg.), *Der Marshall-Plan und die europäische Linke*, Frankfurt a. M. 1986, S. 372–373. Der französische Staatspräsident (und Sozialist) verglich die kommunistische Machtübernahme in der Tschechoslowakei mit dem Einmarsch der deutschen Truppen am 15. März 1939. S. Vincent AURIOL, *Journal du Septennat (version intégrale)*, hg. von Jean-Pierre AZÉMA, Paris 1974, II: 132 (7.3.1948).
- 4 Das Zitat in Hermann PÜNDER, *Von Preußen nach Europa: Lebenserinnerungen*, Stuttgart 1968, S. 306; Rolf STEININGER, *Kurt Schumacher, die Sozialistische Internationale und die Ruhrfrage*, in: Willy ALBRECHT (Hg.), *Kurt Schumacher als deutscher und europäischer Sozialist*, Bonn 1988, S. 61–63 u. 76ff.; Rudolf HRBEK, *Die SPD, Deutschland und Europa. Die Haltung der Sozialdemokratie zum Verhältnis von Deutschland-Politik und Westintegration 1945–1957*, Bonn 1972, S. 349 u. Helga GREBING, *Demokratie ohne Demokraten? Politisches Denken, Einstellungen und Mentalitäten in der Nachkriegszeit*, in: Everhard HOLTMANN (Hg.), *Wie neu war der Neubeginn? Zum deutschen Kontinuitätsproblem nach 1945*, Erlangen 1989, S. 10.



## SPD und SFIO am Ende des Zweiten Weltkrieges: Eine vergleichende Übersicht

Ein Vergleich der Situation von SPD und SFIO am Ende des Zweiten Weltkrieges zeigte sowohl Gemeinsames als auch gravierende Unterschiede. Als Regierungspartei einer Besatzungsmacht hatte die SFIO die Möglichkeit, aktiv an der Gestaltung der französischen Deutschlandpolitik mitzuwirken; die SPD war zunächst, wie alle deutschen Parteien, Objekt alliierter Entscheidungen. Gewiß merkten deutsche Politiker in den Westzonen (und, wie wir jetzt wissen, vollzog sich eine ähnliche Entwicklung in der Sowjetischen Besatzungszone) sehr bald, daß der Kalte Krieg ihnen erweiterten Spielraum verschaffte, um ihre eigenen Ziele im Einklang mit den alliierten Vorstellungen zu verwirklichen. Dennoch: Zumindest bis zur Gründung der Bundesrepublik behielten die Alliierten das letzte Wort<sup>5</sup>. Gemeinsam war den beiden Parteien die Illusion, daß das Ende des Krieges den Anbruch eines neuen, sozialistischen Zeitalters bringen würde. Nach einer kurzen Phase der Euphorie mußten sie allerdings ernüchert feststellen, daß der Sieg des demokratischen Sozialismus nicht auf der Tagesordnung stand<sup>6</sup>.

Die Nachkriegsgeschichte der deutschen Sozialdemokratie begann mit einer Selbstverpflichtung und einer Forderung zugleich. Für den Vorsitzenden der Partei, Kurt Schumacher, und seine engsten Mitarbeiter war die SPD die einzige politische Gruppierung in Deutschland, die programmatisch und organisatorisch in der Lage war, Deutschland in eine demokratische und friedliche Zukunft zu führen. Nach Auffassung Schumachers hatten die Alliierten, schon in ihrem eigenen Interesse, in erster Linie die Aufgabe, die SPD bei dieser Arbeit zu unterstützen<sup>7</sup>.

Die Partei präsentierte sich trotzig-optimistisch weil sie überzeugt war, die – durchaus eingestandenen – programmatischen und organisatorischen Schwächen der Weimarer Zeit überwunden zu haben. Die Nachkriegspartei wollte Neuaufbau,

5 Rainer HUDEMANN, Grundprobleme der französischen Besatzung in Deutschland, u. den Diskussionsbeitrag PFETSCH, in: Die französische Deutschlandpolitik zwischen 1945 und 1949, hg. vom Institut Français de Stuttgart, Tübingen 1987, S. 37 u. 154.

6 S. René RÉMOND, Les Problèmes politiques au lendemain de la Libération, in: Centre Nationale de la Recherche Scientifique (Hg.), La Libération de la France: Actes du Colloque international tenu à Paris, 1974, Paris 1976 u. den Diskussionsbeitrag von Michel DEBRÉ, ebd., S. 878 u. Roger QUILLOT, La S.F.I.O. et l'exercice du pouvoir 1944–1958, Paris 1972, S. 833–834. S. a. Ursula ROMBEK-JASCHINSKI, Nordrhein-Westfalen, die Ruhr und Europa: Föderalismus und Europa-Politik 1945–1955, Essen 1990, S. 27 u. Gouvernement Militaire, Section Politique, »La crise des partis« [25.3.1948], GM Baden, 2151/3–21 (Archives d'Occupation française de l'Allemagne et de l'Autriche; hiernach: AOFAA).

7 Zum frühen Selbstbild der SPD s. bes. Schumachers Referat »Aufgaben und Ziele der deutschen Sozialdemokratie«, in: SPD, Parteivorstand (Hg.), Protokoll der Verhandlungen des Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 9.–11. Mai 1946 (hiernach: PT 1946), Hamburg 1947 [Nachdruck: Glashütten i. Taunus 1976], S. 23–56. S. a. Kurt KLOTZBACH, Der Weg zur Staatspartei: Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945 bis 1965, Bonn 1982, S. 55–95; Peter STEINBACH, Die SPD zwischen Tradition und Neubeginn: Programmatische Grundlinien im zeitgeschichtlichen Wandel, in: Winfried BECKER (Hg.), Die Kapitulation von 1945 und der Neubeginn in Deutschland: Symposium an der Universität Passau 1985, Köln 1987, S. 299.



nicht Wiederaufbau, verkörpern. Sie wollte ideologisch neue Wege gehen; ihre Entscheidung, sich zunächst kein offizielles Programm zu geben, sollte ideologische Offenheit und politische Pragmatik signalisieren und die SPD attraktiv für eine neue Generation von Aktiven machen (Schumacher kleidete die ideologische Offenheit in das berühmte Wort, es sei unerheblich, ob jemand durch Marx oder durch die Bergpredigt zum demokratischen Sozialismus käme)<sup>8</sup>.

Ideal und Wirklichkeit klafften allerdings noch weit auseinander, denn Kurt Schumacher und sein Führungsteam hinderten und förderten den Neuaufbau der Partei zugleich. Die von Märtyrermithos umgebene, charismatische Persönlichkeit des Parteivorsitzenden verkörperte den ungebrochenen Widerstand der deutschen Sozialdemokratie gegen die NS-Diktatur, und Schumachers berühmt-berüchtigten, ätzenden Reden, mit ihrer vertrauten marxistischen Terminologie, kamen bei den alten Aktiven und Funktionären auch gut an, stießen aber auch Kreise ab, die die Partei gewinnen mußte, bevor sie sich mit dem Etikett »Volkspartei« schmücken konnte<sup>9</sup>.

Endlich erwies sich das von Schumacher in den Jahren 1945–1946 entwickelte Minimalprogramm schon bald als veraltet und unzulänglich. Der Parteivorsitzende verstand es zwar, die fehlende Substanz mit immer neuen rhetorischen Bravourstücken zu überdecken, aber der Mangel an programmatischer Erneuerung hatte zur Folge, daß die Stellungnahmen der Partei zu politischen Tagesfragen sich zunehmend in rein negativen Aussagen erschöpften.

Während für Außenstehende und wohl noch mehr für Parteiaktivisten Schumacher die SPD personifizierte (einem Wort Herbert Wehners zufolge, »Kurt Schumacher war die Partei« in diesen Tagen), formierte sich, zunächst weitgehend unbeachtet, eine Gruppe von parteiinternen Kritikern. Hierbei handelte es sich keineswegs um organisierte *tendances* wie sie in der SFIO in den 20er und 30er Jahren üblich waren.

Die Kritiker bildeten eine loyale, lose Gruppierung, die sich in der Hauptsache aus zwei Personenkreisen rekrutierte. Jüngere Politiker, wie Willy Brandt, Fritz Erler, Willi Eichler und Carlo Schmid<sup>10</sup>, die als »Erneuerer« und »Reformer« in der zwei-

8 Anlage zum Rdschr. v. 22.2.1946, »Wir sind noch *nicht* (!) über den Berg«, Bestand Schumacher, (hiernach: Best.Schu.) 45a (Archiv der sozialen Demokratie [hiernach: Arch.d.SD]); Wenke an Schumacher, 18.9.1945, Schumacher an Max Denker, 20.9.1945, u. Schumacher an Hans Eitzkorn, 13.2.1946, Best.Schu. 40, 92 u. 95 resp. S. a. Françoise FÔRET, La reconstruction du SPD après la deuxième guerre mondiale, in: Le mouvement social 95 (Apr.–Juni 1976) S. 132; STEINBACH (wie Anm. 7) S. 298–299 u. Karin WALTER, Neubeginn–Nationalsozialismus–Widerstand: Die politisch-theoretische Diskussion der Neuordnung in CDU und SPD 1945–1948, Bonn 1987.

9 Schumacher und seine Mitarbeiter erkannten durchaus, daß die Tendenz zum Wiederaufbau, nicht Neuaufbau, in der Partei vorherrschend war. S. Schumacher an Erwin Schoettle, 25.7.1946, u. an Heine u. an Emil Kirschmann, 19.8.1946, Best.Schu. 95 u. 93. S. a. den Bericht des GM Baden, SP, über die SPD Ortsgruppe Freiburg, »Note d'Information«, 24.12.1948, GM Baden 2151/3–21 (AOFAA) u. die Analyse der SP Baden, in: Edgar WOLFRUM, Französische Besatzungspolitik und deutsche Sozialdemokratie: Politische Neuansätze in der »vergessenen Zone« bis zur Bildung des Südweststaates 1945–1952, Düsseldorf 1991, S. 83ff. Vgl. Hans-Peter EHNI, Sozialistische Neubauforderung und Proklamation des »Dritten Weges«, in: Archiv für Sozialgeschichte 13 (1973) S. 131–132.

10 Zu Erlers politischen Gedanken in der unmittelbaren Nachkriegsphase vgl. WOLFRUM, ebd., S. 124–125 u. Hartmut SOELL, Fritz Erler: Eine politische Biographie, Berlin 1976, I: 77–78.



ten Hälfte der 50er Jahre und in den 60er Jahren das Gesicht der Partei prägen sollten, bildeten die erste Gruppe. Während der Besatzungszeit fehlte den meisten von ihnen aber eine territoriale Hausmacht und die parlamentarische Bühne, auf der sie später brillieren sollten, befand sich noch in der Aufbauphase. Die zweite Gruppe stand auf festerem Boden. Die »Landesfürsten«, d. i. die Gruppe der sozialdemokratischen Ministerpräsidenten und Regierenden Bürgermeister waren die ersten prominenten deutschen Politiker nach dem Krieg, die durch freie Wahlen mit demokratischen Mandaten ausgestattet waren und somit über autonome Einflußmöglichkeiten verfügten. Ihre Bedeutung für die gouvernementale Zukunft der Partei ergab sich schon aus der Tatsache, daß 1947 mit einer Ausnahme (Ameluxen in Nordrhein-Westfalen) sämtliche Länderchefs Mitglieder der SPD waren.

Neben organisatorischen Meinungsverschiedenheiten (die sozialdemokratischen Ministerpräsidenten, die Regierenden Bürgermeister und später die parlamentarischen Fraktionen waren keineswegs bereit, sich ohne weiteres der Parteizentrale unterzuordnen, wie Schumacher es forderte), äußerten die Reformer auch zunehmend Bedenken über Schumachers »alles oder nichts« politische Strategie. Die Haltung der Landespolitiker in Koalitionsfragen war erheblich flexibler als die der Parteizentrale<sup>11</sup>.

SPD und SFIO mußten sich nach Kriegsende auch mit ihrem zukünftigen Verhältnis zu den Kommunisten befassen. Für die Führer der deutschen Sozialdemokratie war die Frage allerdings leicht zu beantworten. Obwohl die Basis unmittelbar nach Kriegsende vielerorts die Kluft zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten quasi per Handschlag überwinden wollte, lehnten Zentrale und Landesfürsten in den Westzonen einmütig jegliche organisatorische und ideologische Zusammenarbeit mit den Kommunisten ab. Aus Sicht der Sozialdemokraten waren der kommunistische Marxismus-Leninismus-Stalinismus und der sozialdemokratische freiheitlich-demokratische Humanismus unvereinbar. Für die westdeutschen Parteiführer bestätigte die Zwangsfusion der SPD und KPD in der sowjetischen Besatzungszone nur ihre schon während des Krieges gefestigten Entschlüsse.

Besonders für Schumacher hatte das »Kommunisten-Problem« aber auch noch eine besondere, spezifisch deutsche Komponente: Es stand in engem Zusammenhang mit der nationalen Frage in Deutschland. Unabhängig von den Sozialdemokraten im Exil war auch Schumacher zu dem Schluß gekommen, daß die SPD ein positives Verhältnis zur nationalen Frage entwickeln müsse, um Nationalgefühl und Demokratiekonzept in Deutschland zu vereinen. Der Parteivorsitzende war überzeugt, nur ein von seiner Partei vertretenes und artikuliertes, gesundes deutsches Nationalgefühl könnte verhindern, daß Kommunisten, Separatisten, Partikularisten oder wiedererstandene Faschisten die nationale Frage für sich vereinnahmten. Und unter dieser Reihe »falscher« Nationalisten fürchtete Schumacher besonders die Kommunisten, denn er meinte, sie könnten mit nationalistischer Propaganda den

11 Zur Kritik an Schumachers Führungsstil aus Teilen der »Provinz« s. Kleinmann an Amb.Bonn, 28.5.1950, Best.Amb.Bonn, XP/3/4 u. die weitere Dok. dort u. die Ausf. Hensslers u. Schoettles, SPD/PV, 2. u. 3.11.1951. Vgl. auch Willy BRANDT, Links und frei – Mein Weg 1930–1950, Hamburg 1982, S. 401, 429 u. 435–436; Theodor ESCHENBURG, Regierung, Bürokratie und Parteien 1945–1949, in: VfZ 24 (1976) S. 66 u. KLOTZBACH (wie Anm. 7) S. 181.



Massenanhang gewinnen, den ihr politisches Programm ihnen nicht verschaffen konnte (Es entbehrt übrigens nicht der Ironie, daß der französische Sozialist und ab 1947 Präsident der Republik, Vincent Auriol, der ansonsten Schumachers politische Ansichten keineswegs teilte, immer wieder dieselbe Befürchtung äußerte)<sup>12</sup>.

Schumacher wollte mit seiner betont nationalen Einstellung die Kriegsgeneration ansprechen – womit er rückblickend auch einen gewissen Erfolg hatte<sup>13</sup> – aber seine als »rhetorischer Kahlschlag« vorgetragene Forderungen nach Deutschlands uneingeschränkter Souveränität in den Grenzen von 1937, brachte dem Parteivorsitzenden in alliierten Kreisen sehr bald in den Ruf eines eingefleischten Chauvinisten, der sich nur wenig von den vormaligen Deutschnationalen unterschied. Besonders französische Politiker, die oft Zielscheibe von Schumachers heftigen Attacken waren, charakterisierten den SPD-Vorsitzenden vereinfacht als Feind Frankreichs, ein Vorwurf, den Schumacher entrüstet von sich wies<sup>14</sup>.

Auch in der nach der Befreiung rasch wieder aufgerichteten französischen sozialistischen Partei herrschte zunächst Optimismus und Aufbruchstimmung. Léon Blum brachte dieses treffend mit dem Titel seiner ersten großen Rede nach seiner Befreiung aus Buchenwald, »Le socialisme, c'est le maître de l'heure«, zum Ausdruck<sup>15</sup>. Aber die Euphorie war nur von kurzer Dauer. Wie der SPD, fehlte es der SFIO ebenfalls an Wählern, um ihr Programm in Regierungspolitik umzusetzen. Besonders schmerzlich war für die französischen Sozialisten, daß die Kommunisten (PCF) nicht nur eine absolut höhere Stimmzahl als die SFIO in fast allen Nachkriegswahlen erreichten, sondern auch, daß sie besonders erfolgreich unter der Kernzielgruppe beider Parteien, den französischen Industriearbeitern, waren.

- 12 S. Schumachers Rede im Niedersächsischen Landtag, 28.8.1946, in: Kurt SCHUMACHER, Reden-Schriften-Korrespondenzen 1945–1952, hg. von Willy ALBRECHT, Bonn 1985, S. 447 u. seine Rede auf dem Bezirks-Parteitag Schleswig-Holstein, 17. u. 18.3.1951, in: Neuer Vorwärts, 23.3.1951; u. Schumacher an Stampfer, 18.6.1946, Best.Schu.93; SPD/PV, 22.8.1946. Vgl. auch Willy ALBRECHT, Einleitung, in: SCHUMACHER, ebd., S. 158; Klaus-Jürgen MÜLLER, Die SPD Kurt Schumachers und Frankreich, in: Klaus MANFRASS (Hg.), Paris – Bonn: Eine dauerhafte Bindung schwieriger Partner, Sigmaringen 1984, S. 192ff.; Wolfgang BENZ, Kurt Schumacher als deutscher und europäischer Sozialist, in: ALBRECHT (wie Anm. 4) S. 27 u. AURIOL (wie Anm. 3) I: S. 205–209 (22.4.1949).
- 13 S. Schumacher an Siegfried Aufhäuser, 27.8.1946, Best.Schu.29. Zu diesem Thema s. a. Helmut SCHMIDT, Weggefährten: Erinnerungen und Reflexionen, Berlin 1996, S. 404; HOLTSMANN (wie Anm. 4) u. Jürgen FALTER, Alte und neue Parteiorientierungen – Die Bundestagswahl 1949 zwischen Kontinuität und Neubeginn, in: HOLTSMANN, ebd. S. 60.
- 14 S. Schumachers Ausf., SPD/PV, 29. u. 30.7.1950, Best.PV; u. seine Rede, 9.3.1951, in: SCHUMACHER (wie Anm. 12) S. 934–935. Für die französische Seite s. AURIOL (wie Anm. 3) I: 46 (1.2.1947); Tarbé de Saint-Hardouin an Bidault (à s. »Conversation avec M. Schumacher [hiernach: »Conversation Schumacher«], 16.7.1947, François-Poncet an MAÉ, 26.11.1949, sämtl. XP65, XP3/4; Concilier politique (hiernach: CP) Berlin (Seydoux) an Bidault, 22.5.1948 u. Bérard an MAÉ (Tel.) sämtl. Amb. Bonn, XP91, XP3/4 (AOFAA). Auch heute ist das Urteil über Schumachers Verhältnis zu Frankreich nicht eindeutig. MÜLLER (wie Anm. 12) S. 192–193 sieht es als ausgesprochen schlecht, während Carlo SCHMID, Erinnerungen, München 1979, S. 295 u. Raymond POIDEVIN, Die Neuorientierung der französischen Deutschlandpolitik 1948/49, in: Josef FOSCHÉPOTH (Hg.), Kalter Krieg und deutsche Frage. Deutschland im Widerstreit der Mächte 1945–52, Göttingen 1985, S. 133 zu nuancierteren Ergebnissen kommen.
- 15 Jean-Pierre RIOUX, La France de la IV<sup>e</sup> République, Paris 1980–83, I: 81–82; LOTH (wie Anm. 3) S. 46–47 u. WILLIAMS (wie Anm. 2) S. 96–98. Blums Rede in: Léon BLUM, L'Œuvre de Léon Blum, ed. by Robert VERDIER et al., Paris 1954–1963, VI/1: 65–78.



Dieser Tatbestand führte zu einer ständigen und ergebnislosen Debatte in den Reihen der SFIO über das Verhältnis der Partei zu den Kommunisten. Während dieses Thema für die Parteispitzen der SPD schon vor Kriegsende abgeschlossen war, spaltete es die SFIO-Aktiven und Führungsgremien in zwei Gruppen, die der Partei widersprüchliche Strategien empfahlen. Eine Gruppe plädierte für einen Linksruck, um die zum PCF abgewanderten Wähler und Aktiven wieder an die SFIO zu binden<sup>16</sup>. Eine zweite Gruppe sah die Zukunft der Partei in einer Öffnung nach rechts. Diese Kreise, darunter Léon Blum, André Philip und Paul Ramadier, waren überzeugt, kurzfristig wären Versuche, die Arbeitermassen von der PCF zu trennen, illusorisch. Infolgedessen forderte die Parteirechte Kandidaten und Programme, die einen modernisierten, »europäischen Sozialismus« verkörperten, um die Partei für die Mittelstandsschichten attraktiv zu machen.

Markantester Wortführer des Erneuerungsgedankens war der verehrte Parteiführer der SFIO, Léon Blum. Mit einem scharfen Blick für die zukünftige Entwicklung Europas und in der klaren Erkenntnis, daß die SFIO als Konkurrent der PCF den Kürzeren ziehen würde, schlug er seiner Partei schon während des Krieges in seinem Buch *À l'Échelle humaine* mit zwingenden intellektuellen Argumenten programmatische Neuerungen vor, die die SFIO von einer marxistischen Klassenpartei in eine echte Volkspartei umgewandelt hätten (übrigens teilte Blum Schumachers tiefe Abneigung gegen den Kommunismus stalinistischer Prägung)<sup>17</sup>.

Obwohl Blum nach seiner Rückkehr aus Buchenwald eine Welle der persönlichen Sympathie entgegenschlug, war ein Großteil der Parteiaktiven nicht bereit, dem Altvorsitzenden auf dem Weg der Erneuerung zu folgen. Eine Mehrzahl der Delegierten auf dem ersten Nachkriegsparteitag inszenierte eine »révolte des fantaisistes« (Roger Quilliot). Sie betrachtete Blums Vorschläge als »terriblement bourgeois« und wollte an dem vertrauten und marxistisch wirkenden Selbstbild der Partei festhalten. Blums Scheitern ermöglichte die Wahl Guy Mollets anstelle Daniel Mayers als Generalsekretär<sup>18</sup>. Gewiß, das Votum war keine eigentliche Kampfabstimmung. Auch Mollet bezeichnete sich als großen Verehrer Blums und Mayer blieb einflußreiches Mitglied des Parteivorstandes (*Comité directeur*, CD). Dennoch: Mayer galt allgemein als Blums Kandidat und Verfechter seiner Erneuerungsideen (Verdier spricht von Mayer als Blums *dauphin*), während Mollet es verstanden hatte, sich den Delegierten als »besserer« Marxist zu präsentieren (Günter Markscheffel, der Verbindungsmann der SPD zur SFIO, meinte »nach unseren früheren Begriffen« könnte man Mollet der »Tendenz SAP« zurechnen)<sup>19</sup>.

16 SFIO, Comité Directeur, »Comptes-rendus du Comité directeur« (hiernach: SFIO/CD), 10.3. u. 7.4.1948 u. passim (Office universitaire de recherche socialiste [hiernach: OURS]).

17 *A l'échelle humaine*, Paris, 1945. S. a. SFIO/CD, 17.3.1948 u. Roger QUILLIOT, *La S.F.I.O. et l'exercice du pouvoir 1944-1958*, Paris 1972, S. 40-42, 85-86 u. 113.

18 Das zweite Zitat, in: Jacques CHAPSAL, *La vie politique en France depuis 1940*, Paris 1969, S. 96. Über die Hintergründe und Bedeutung der Wahl Mollets s. Markscheffel an Heine, 3.9.1946, Best. Markscheffel/7 (Arch.SD); QUILLIOT, ebd. S. 96 u. 170ff.; Jean Paul CAHN, Einige Bemerkungen zum Thema Kurt Schumacher und Frankreich, in: ALBRECHT (wie Anm. 4) S. 125 u. AURIOL (wie Anm. 3) II: 621 Anm. 48.

19 S. Markscheffel an SPD/PV, 8.10.1946, Best. Markscheffel/7. S. a. Günter Markscheffels Diskussionsbeitrag zu: CAHN, ebd. S. 142-143 u. QUILLIOT, ebd. S. 344-345 u. 389-390.



## Die Deutschlandpolitik der SPD

Ausgangspunkte der deutschlandpolitischen Vorstellungen Kurt Schumachers, aber auch die seiner Kritiker waren vermeintliche Erfahrungen und Erkenntnisse aus den Weimarer Jahren. Für den SPD-Vorsitzenden scheiterte die Weimarer Republik in erster Linie an der demokratie-feindlichen Haltung des Bürgertums und an den Unzulänglichkeiten der deutschen Parteistruktur. Als Fundament einer stabilen Demokratie in Deutschland erwartete Schumacher ein Zweiparteien-System, die SPD als breite Links- und Regierungspartei und eine »bürgerliche Partei«, der er eine permanente Oppositionsrolle zuschrieb. Bei den von Schumacher erwarteten klaren Machtverhältnissen waren besonders Große Koalitionen weder erforderlich noch erwünscht. In der Koalitionsfrage argumentierte Schumacher auf Grund seiner Weimarer Erfahrungen, Große Koalitionen (»Öl und Feuer«-Kombinationen wie er sie nannte) lähmten praktische Entscheidungen und schwächten die Demokratie als politisches System. Für ihn war das Wechselspiel von Parteien mit klaren ideologischen Positionen und umfassender Verantwortung das Essentielle der parlamentarischen Demokratie<sup>20</sup>. Außerdem wollte die SPD den Parteien eine Monopolstellung als politische Entscheidungsträger verschaffen. Schumacher stritt sogenannten unpolitischen Interessenverbänden die Berechtigung zur politischen Einflußnahme ab<sup>21</sup>.

Widerstand gegen Schumachers Vorstellungen regte sich nicht nur bei den bürgerlichen Parteien und den nicht parteigebundenen Interessenverbänden, sondern auch in den eigenen Reihen. Die Diskussion über die Koalitionspolitik der SPD zeigte schon frühzeitig, daß die Landesfürsten grundsätzlich andere Auffassungen als der Parteivorsitzende über das Wesen der politischen Demokratie in Deutschland hatten. Die sozialdemokratischen Ministerpräsidenten, die in der Regel Große oder Allparteienkoalitionen führten, machten Koalitionsfragen bald zum Angelpunkt ihrer Kritik an Schumachers »ewigem Nein-Sagen«. Sie griffen ebenfalls auf das Weimarer Erbe zurück: Sie argumentierten, die Erste Republik scheiterte nicht zuletzt, weil die Demokraten sich unfähig erwiesen hatten, eine vereinte Front gegen ihre Gegner zu bilden. Folgerichtig müßte das demokratische Lager nach dem Zweiten Weltkrieg frühzeitig gegen die Kräfte des Links- und Rechtsextremismus zusammenarbeiten. Das Ergebnis der parteiinternen Kontroverse war ein Unentschieden. Schumacher und seine Anhänger setzten ihre Linie für die Haltung der SPD in den Zonenparlamenten und später im Bundestag durch; in den Ländern blieben Koalitionen mit den bürgerlichen Parteien die Regel. (Die französischen Sozialisten, die in

20 Schumacher an Otto Steinmayer, 2.7.1945, an Carl Severing, 5.12.1945, u. an Kurt Müller, 29.12.1945, Best.Schu.92 u. 40.

21 Schumacher an Max Denker, 21.1.1946 u. »Warum selbstständige Sozialdemokratie« [April 1946], Best.Schu.95 u. 451; SPD/PV, 13. u. 14.3.1947 (Schumacher), 22.5.1947 (Heine), 18.2.1948 (Kaisen), 9.4.1948, 28. u. 29.5.1948 (Gayk) u. 6.9.1949 (Schumacher). Tarbé de Saint-Hardouin, »Conversation Schumacher«, Cheysson, »Note« [über eine Unterredung mit Ollenhauer], 6.12.1949, Amb. Bonn, XP 65, XP 3/4 (AOFAA). S. a. Beatrix W. BOUVIER, Zwischen Godesberg und Großer Koalition: Der Weg der SPD in die Regierungsverantwortung, Bonn 1990, S. 30–31 u. Ludwig BERGSTRÄSSER, Befreiung, Besatzung, Neubeginn: Tagebuch des Darmstädter Regierungpräsidenten 1945–1948, hg. von Walter MÜHLHAUSEN, München 1987, S. 239–240 (1.8.1947).



diesen Jahren regelmäßig Koalitionspartner in ideologisch breitgefächerten Kabinetten waren, stellten sich eindeutig auf die Seite der Ministerpräsidenten. Sie kritisierten wiederholt die starre Oppositionsvorstellung der SPD-Zentrale)<sup>22</sup>.

Zu grundlegenden Meinungsverschiedenheiten innerhalb der SPD kam es auch bei der Erörterung der zukünftigen deutschen Verfassung. Alle Beteiligten waren sich einig, daß Deutschland eine parlamentarische Demokratie nach dem Vorbild der westeuropäischen Staaten aufrichten müsse und daß die Verfassung sowohl die traditionellen individuellen Freiheiten, als auch die sogenannten sozialen Grundrechte garantierte sollte. Hier endete jedoch der Konsens. Auf Schumachers Wunsch legte der Verfassungsexperte der Partei, Walter Menzel, der zu diesem Zeitpunkt Innenminister von Nordrhein-Westfalen war, 1946 den Entwurf einer Reichsverfassung vor, der praktisch eine Neuauflage der Weimarer Verfassung, wie sie ursprünglich von Hugo Preuß konzipiert war, darstellte. Schumacher und Menzel waren überzeugt, nach der Auflösung Preußens wäre es nun endlich möglich, den dezentralisierten Einheitsstaat in Deutschland einzuführen. Der Entwurf sah vor, daß die Länder, wenn sie überhaupt weiter bestanden, ihre Hauptrolle als Auftragsverwaltungen des Reiches finden sollten. Da die Länder keine eigenständige Machtbefugnisse mehr ausüben würden, war es nur folgerichtig, daß Schumachers und Menzels Entwurf keine zweite Parlamentskammer als Vertretung der Länder vorsah. Das zukünftige Reichsparlament sollte sich auf eine demokratisch gewählte Einkammer-Legislatur beschränken. Die tragenden Säulen des neuen deutschen Staatsgebildes sollten ein starkes Reich und die mit weitreichenden Selbstverwaltungsrechten ausgestatteten Kommunen werden.

Die sozialdemokratischen Ministerpräsidenten hielten demgegenüber daran fest, leistungsstarke Länder müßten neben einer lebensfähigen Bundesregierung weiterbestehen. Sie wandten sich lautstark gegen jede Aushöhlung der Länderfunktionen und forderten konsequent eine Ländervertretung als zweite Kammer des Bundesparlaments. Zwar konnten sie Schumacher und Menzel nicht überzeugen, aber im Laufe der Besatzungsjahre gewannen ihre Worte zunehmend an Gewicht, da sie, im Gegensatz zur Parteizentrale, auf Mandate der Wähler verweisen konnten, die ihnen erlaubten, sich politisch immer stärker zu profilieren (Die Gewißheit, daß die Alliierten auf einer föderalistischen Verfassungsstruktur bestehen würden, lieferte natürlich noch flankierende Argumente)<sup>23</sup>.

22 SPD/PV, 7. u. 8.8.1947; »BB«, Nr. 13, 19 u. 25, 16.2., 9.3., 14.3.1948; SFIO/CD, 26.6.1951; MÜHLHAUSEN, Treuhänder, S. 21 u. 27, Renate MEYER-BRAUN, Wilhelm Kaisen, S. 166 u. 172 u. Walter MÜHLHAUSEN, Christian Stock, S. 213, sämtlich in: Walter MÜHLHAUSEN, Cornelia REGIN (Hg.), Treuhänder des deutschen Volkes – Die Ministerpräsidenten des westlichen Besatzungszonen nach den ersten freien Landtagswahlen: Politische Portraits, Melsungen 1991. S. a. Heinrich KÜPPERS, Staatsaufbau zwischen Bruch und Tradition: Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz, 1946–1955, Mainz 1990, S. 151 u. 182 u. HRBEK (wie Anm. 4) S. 362.

23 Zur Verfassungsdiskussion innerhalb der SPD s. Schumacher an Joseph Simon, 26.3.1946, Menzel an Schumacher, 16.7.1946 u. Menzel, »Vorschläge«, 10.8.1946, Best.Schu.54 u. an Erwin Schoettle, 25.7.1946, Best.Schu.95; Hensler an Hoegner, 13.12.1945, Best.Schu.92; »BB«, Nr. 26, 15.3.1948; SPD/PV, 26.9.1946, 28. u. 29.5.1948, 24. u. 25.8.1948 u. das vom PV am 11.11.1946 diskutierte Papier, »Aufbau des Reichs und der Länder«, Best.PV; Tarbé de Saint-Hardouin, 22.4.1949, Amb. Bonn, XP 65, XP 3/4 (AOFAA). S. a. Michael G. M. ANTONI, Sozialdemokratie und Grundgesetz.



Die Landesfürsten hatten sich in der Föderalismusfrage schon vor der Konstituierung des Parlamentarischen Rates weitgehend durchgesetzt, und während der Beratungen des PR gewannen ihre Vorstellungen zunehmend an Gewicht. Carlo Schmid, als profiliertes Wortführer des föderalistischen Lagers bekannt, übte als sozialdemokratischer Vorsitzender des Hauptausschusses eine ausschlaggebende Rolle in der Konstituante aus. Selbst die sogenannte große Krise im April 1949 war mehr Theaterdonner als politischer Orkan. Die Bedeutung von Kurt Schumachers rhetorischem Bravourstück, das nach der Parteilegende die Alliierten zwang, ihre Vorstellungen über eine deutsche Verfassung noch in letzter Minute zu revidieren, sollte nicht überschätzt werden. Zwar gewann Schumacher eine Machtprobe innerhalb der Partei gegen eine Reihe von Landesfürsten und eine Auseinandersetzung mit den Alliierten, aber es ging um Modalitäten der Finanzhoheit in der künftigen Verfassung, nicht um verfassungspolitische Grundsatzfragen. Außerdem war es zumindest einigen führenden Sozialdemokraten klar, daß die Alliierten ohnehin bereit waren in dieser Frage einzulenken. Der Föderalismusstreit erklärt auch die zwiespältige Haltung der Partei in der Frage der Länderneugründungen. Schumacher lehnte beide neuen Länder, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz, ab. Nordrhein-Westfalen fürchtete der Parteivorsitzende als zukünftige Bastion bürgerlicher Herrschaft im Herzen der deutschen Industrielandschaft. Noch vehementer wetterte die Parteizentrale gegen Rheinland-Pfalz. Sie sah das neue Land als Initiative französischer Militärs und deutscher Separatisten, die mit dem neuen Land ihr altes Ziel, *Rhénanie*, verfolgten. Doch das »Büro Dr. Schumacher« sprach nicht für die Partei als Ganzes und schon gar nicht für die betroffenen Landesorganisationen. Diese entwickelten recht schnell ein positives Verhältnis zu den neuen Ländern. Sozialdemokraten an Rhein und Ruhr begrüßten die Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen ohne Vorbehalte. Weiter rheinaufwärts lehnten die Genossen das neue Land zunächst ab (es dauerte bis etwa 1950 bis die SPD das neue Land als Positivum betrachtete), doch die Landesführer der SPD gestalteten ihre politische Praxis so, daß das erklärte Ziel der Partei, die Auflösung des Landes, im Endeffekt hintertrieben wurde<sup>24</sup>.

Während sich im Westen frischgebackene Föderalisten mit den neuen Ländern identifizierten, setzten die sozialdemokratischen Landesführer im Norden und

Band I: Verfassungspolitische Vorstellungen der SPD von den Anfängen bis zur Konstituierung des Parlamentarischen Rates 1948, Berlin 1991, S. I: 126ff. u. Gerhard HIRSCHER, Sozialdemokratische Verfassungspolitik und die Entstehung des Bonner Grundgesetzes: Eine biographietheoretische Untersuchung zur Bedeutung Walter Menzels, Bochum 1989, S. 143 u. Hans-Jürgen GRABBE, Die deutsch-alliierte Kontroverse um den Grundgesetzentwurf im Frühjahr 1949, in: VfZ 26 (1978) S. 397 u. 401.

- 24 Markscheffel an Schumacher, 15.9.1946 u. 4.1.1950, in: Best. Markscheffel/7 u. 8; Kathrin KUSCH, Die Wiedergründung der SPD in Rheinland-Pfalz nach dem Zweiten Weltkrieg (1945–1951), Mainz 1989, S. 104ff., 285–286 u. 300ff. S. a. Wolfgang HÖLSCHER, Von den Provinzen zum neuen Land: Bestrebungen nordrheinischer und westfälischer Verwaltungsspitzen im Kontext britischer Deutschland- und Besatzungspolitik, S. 44–45, in: Gerhard BRUNN (Hg.), Neuland: Nordrhein-Westfalen und seine Anfänge nach 1945/46, Essen 1986, S. 48–49 u. 54ff. u. KÜPPERS (wie Anm. 22) S. 91, 115–116, 141 u. 160–164. Ausführlich zu Schmid's Verfassungskonzept, das er schon frühzeitig entwickelte, jetzt: WOLFRUM (wie Anm. 9) S. 192–195 u. Petra WEBER, Carlo Schmid 1896–1979: eine Biographie, München 1996, S. 12.



Süden alte Traditionen fort. Sozialdemokratische Ministerpräsidenten und Regierende Bürgermeister entwickelten detaillierte Pläne, um ihre »historisch gewachsenen« Länder zu bewahren oder zu schaffen. Hierbei kollidierten sie mit der Parteizentrale und ihren Kollegen in anderen Ländern. Für Schumacher war der bayerische Parteiführer, Wilhelm Hoegner, Inbegriff eines kurzsichtigen Partikularisten. Aber die Landesfürsten im Norden handelten wenig anders. Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Hermann Lüdemann meinte, Hamburg müßte ein Teil des Nordlandes werden; der Hamburger Bürgermeister Max Brauer identifizierte sich mit der jahrhundertealten Tradition Hamburger Unabhängigkeit als Stadtstaat. Sein Kollege in Bremen, Wilhelm Kaisen, lehnte vehement die Forderung seines Parteifreundes, des niedersächsischen Ministerpräsidenten Hinrich Kopf, ab, Bremen solle Teil von Niedersachsen werden<sup>25</sup>.

Auf den ersten Blick gesehen gab es in Fragen sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik keine grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen der Parteizentrale und den Reformern. Alle deutschen Sozialdemokraten schienen einmütig vorauszusetzen, die Demokratisierung der Politik und die Sozialisierung der Wirtschaft in Deutschland (und in Europa) müsse Hand in Hand gehen. Aber auch hier täuschte der erste Eindruck; Revisionisten und Erneuerer meldeten sich bald zu Wort.

Die wirtschaftspolitischen Auffassungen des »Büros Dr. Schumacher« waren eng mit dem Namen des damaligen Wirtschaftsexperten der SPD, Viktor Agartz, verbunden (Übrigens deckten sich die deutschen Vorstellungen weitgehend mit Gedankengängen, wie sie André Philip für die französische Partei während des Krieges entwickelt hatte). Schumacher und Agartz waren sich einig, daß anstelle der, wie sie es sahen, bankrotten kapitalistischen Wirtschaftsordnung, eine demokratisch gelenkte, dezentralisierte Planwirtschaft treten müsse. Um dieses Ziel zu erreichen, sollten große Teile des deutschen Wirtschaftspotentials in Gemeingut übergehen. Für ihr Programm machten Schumacher und Agartz politische und pragmatische Gründe geltend. Politisch sollte die Sozialisierung der Wirtschaft die Kapitalisten entmachten und eine wahre Demokratie im Wirtschaftsleben einführen; in diesem Sinne war sie das Gegenstück zur parlamentarischen Demokratie. Schumacher und Agartz waren aber auch überzeugt die Planwirtschaft wäre, besonders in Zeiten des akuten Mangels, eine weitaus effizientere Wirtschaftsform als die marktgesteuerte kapitalistische Wirtschaft<sup>26</sup>.

25 Menzel an Schumacher, 16.7.1946 u. 20.8.1946, Ernst Hehr (SPD Bez. Niederrhein) an Schumacher, 20.7.1946, Präsident des Senats Bremen, »Neugliederung Deutschlands«, 25.5.1946 u. Hagedorn an Schumacher, 24.7.1946, sämtl. Best.Schu.54. S. a. Frank LUBOWITZ, Hermann Lüdemann, S. 295 u. Ullrich SCHNEIDER, Hinrich Wilhelm Kopf, S. 238–239, in: MÜHLHAUSEN (wie Anm. 22); KÜPPERS (wie Anm. 22) S. 181–182.

26 »Programmatische Erklärungen«, 5.10.1945 u. Referat auf dem SPD PT 1948, in: SCHUMACHER (wie Anm. 12) S. 304–305 u. 591–592; Kurt SCHMACHER, Deutschlands Beitrag für Frieden und Freiheit, Hannover 1950, S. 8; Schumacher, »Deutschland braucht den Sozialismus«, Anlage zu Rdschr. 27/46, 25.3.1946, Best.Schu.45a. Zu Agartz' Ideen s. sein Referat auf dem SPD PT 1946, S. 57–86 u. Bernhard KOOLEN, Die wirtschafts- und gesellschaftspolitische Konzeption von Viktor Agartz zur Neuordnung der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft, Köln 1979, S. 53 u. 64ff. Zur wirtschaftspolitischen Diskussion innerhalb der Partei, s. a. J. WAGNER, Allgemeine Strukturwandlungen, in:



Obwohl das Konzept der Zentrale bedeutende Zweige der Wirtschaft – wie Handwerk und landwirtschaftliche Familienbetriebe – in privater Hand beließ, konnte es nicht überraschen, daß private Wirtschaftsinteressen und die bürgerlichen Parteien Sturm gegen die sozialdemokratischen Vorschläge liefen. Schumacher und Agartz konterten mit vehementen Angriffen auf die kapitalistische Ausbeutungsgesellschaft, aber die Rückgriffe auf das rhetorische Arsenal marxistischer Kampfansagen überzeugten weder die bürgerlichen Kreise (was nicht weiter überraschte), noch die Kritiker in den eigenen Reihen.

Landes- und Kommunalpolitiker klagten, daß Agartz – und Schumacher, aber der blieb ungenannt – mit ihren Vorstellungen die Partei in ein wahltaktisches Abseits trieben, weil die Wähler und selbst die Parteiaktiven der Sozialisierungsfrage wesentlich weniger Interesse entgegenbrachten als die Parteizentrale. »Sozialisierungsresolutionen« fanden im Parteivorstand und auf den Parteitagen zwar große Mehrheiten, aber für die sozialdemokratisch organisierten Arbeitnehmer war die Wiederbelebung der Konjunktur und deren lohn- und sozialpolitischer Nutzeffekt, nicht das Wie des Aufschwungs, das Entscheidende.

Diese Haltung kam besonders in der Reaktion auf den Marshall-Plan und die Währungsreform zum Ausdruck. An der Basis und unter den Landespolitikern wurde das amerikanische Hilfsprogramm und die Währungsreform, obwohl beide die Marktwirtschaft entscheidend stärkten, als bedeutender finanzieller und psychologischer Impuls für die Ankurbelung der Wirtschaft begrüßt. Schumacher selbst trieb hier eine gewisse Vogel-Strauß-Politik. Er wertete den Marshall Plan und die Währungsreform als positive Entscheidungen, bestand aber darauf, daß die Programme in keiner Weise den Übergang zur sozialistischen Planwirtschaft hindern würden. Im Gegenteil, der Parteivorsitzende zeigte sich überzeugt, sie würden bessere Voraussetzungen für das Gelingen der Planwirtschaft schaffen<sup>27</sup>.

Die Zukunft der Ruhrindustrie spielte eine besondere Rolle in den wirtschaftspolitischen Vorstellungen der Parteizentrale. Die Sozialisierung der Kohle- und Stahlindustrie im Ruhrgebiet war fester Bestandteil aller parteioffiziellen Wirtschaftspläne. Wiederum machte die SPD pragmatische und politische Gründe gel-

SPD Hbg., Referentenmaterial, Nr. 2, Juni 1946 (For.Hbg.); KLOTZBACH (wie Anm. 7) S. 136ff.; u. Erich OTT, Die Wirtschaftskonzeption der SPD nach 1945, Marburg 1978, S. 80ff. KLOTZBACH, ebd., S. 62–63 unterstreicht Schumachers politische Motivationen, Diethelm PROWE, Socialism as Crisis Response: Socialization and the Escape from Poverty and Power in Post-World War II Germany, German Studies Review, 15 (1, Feb. 1992) S. 65–85 hebt die pragmatischen Gründe hervor. S. a. Wolfgang RUDZIO, Das Sozialisierungskonzept der SPD und seine internationalen Realisierungsbedingungen, in: Josef FOSCHÉPOTH, Rolf STEININGER (Hg.), Die Britische Deutschland- und Besatzungspolitik 1945–1949, Paderborn 1985, S. 119–125.

27 S. die Diskussionsbeiträge Casparys und Eichlers, SPD/PV, Mai 1946, SPD/PV, 28. u. 29.5.1948, Best.PV; »BB«, Nr. 26 u. 61, 15.3. u. 15.6.1948; SPD, PV, »Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und die Ruhr« [15.5.1948], Best.Ollenhauer 452; Tarbé de Saint-Hardouin, »Conversation Schumacher«. Die Zentrale zeigte sich schon 1946/47 pessimistisch über die Zukunft der Sozialisierung. S. Heine an Oswald, 11.7.1946 u. an Kirschmann, 19.8.1946, Best.Schumacher 93 u. SPD/PV, 13. u. 14.3.1947, Best.PV. Sehr kritisch zur programmatischen Haltung der Sozialdemokratie, Hans-Peter EHNI, Die Reaktion der SPD auf den Marshall-Plan, in: HABERL (wie Anm. 3) S. 217–230.



tend. Als Grundlage des deutschen (und europäischen) wirtschaftlichen Wiederaufbaus mußten aus sozialdemokratischer Sicht Kohlenförderung und Stahlproduktion einer rationellen Planung unterliegen. Politisch sah die SPD (wie zunächst auch die Alliierten) die Ruhrindustriellen als Helfershelfer der Nationalsozialisten; um deren Machtbasis zu zerstören, forderte die SPD, daß das Eigentum der Gruben und Werke, sowie die Kontrolle der Produktion und des Absatzes einer Reichsbehörde übertragen werden sollte<sup>28</sup>.

Die sozialdemokratischen Pläne blieben Makulatur. Der Kalte Krieg rückte die Wiedererrichtung einer deutschen Zentralgewalt und damit die Gründung einer Reichsruhrbehörde in weite Ferne. Die Engländer, in deren Zone sich das Ruhrgebiet befand, genehmigten keine strukturellen Änderungen unter deutscher Kontrolle; sie nahmen die Ruhrindustrie treuhänderisch in eigene Obhut. Die Bildung der Bizone und Agartz' erzwungener Rücktritt als »Wirtschaftszar« brachten neue Gewichtsverlagerungen zugunsten der Marktwirtschaft. Mit dem Marshall-Plan schalteten sich die Amerikaner in die Debatte ein; sie machten ihre prinzipielle Opposition gegen jegliche Planwirtschaft, auch in der Ruhrindustrie, geltend.

Aus Schumachers und Agartz' Sicht bildete das Internationale Ruhrstatut einen gravierenden Höhepunkt in der Kette alliierter Fehlentscheidungen über die Zukunft der deutschen Wirtschaft, denn das von den westlichen Besatzungsmächten ausgearbeitete Ruhrstatut verhinderte zumindest zeitweilig alle Sozialisierungsvorhaben an der Ruhr und entzog die westdeutsche Kohlen- und Stahlindustrie deutscher, nationaler Entscheidungsbefugnisse. Eine internationale Behörde, in der die Deutschen zwar vertreten waren, die Mehrheit der Stimmen jedoch in den Händen der westlichen Besatzungsmächte und der Anrainerstaaten lag, würde künftig Ausmaß und Absatzkontengierung der deutschen Kohle- und Stahlproduktion bestimmen.

In leidenschaftlichen Reden und Schriften, wobei scharfe Angriffe auf die französischen Sozialisten als Handlanger des französischen Chauvinismus und Kapitalismus nicht ausblieben, geißelte Kurt Schumacher das Statut als Fortsetzung alliierter Bevormundung und kapitalistischer Wirtschaftsverhältnisse in einem Industriegebiet, das die SPD als Kern eines zukünftigen sozialistischen Deutschlands und Europas betrachtete<sup>29</sup>.

28 S. »Entschließung der gemeinsamen Sitzung des Vorstandes und des Parteiausschusses der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Köln am 25. September 1946«, Best. Markscheffel/7 u. Heine [?], »Unterhaltung mit Markscheffel«, 9.3.1946, Best.Schumacher 93. S. a. RUDZIO (wie Anm. 26) S. 9 u. 24; Werner PLUMPE, Auf dem Weg in die Marktwirtschaft: Organisierte Industrieinteressen, Wirtschaftsverwaltung und Besatzungsmacht in Nordrhein-Westfalen 1945–1947, in: BRUNN (wie Anm. 24) S. 75ff.; KLOTZBACH (wie Anm. 7) S. 101–102 u. ROMBEK-JASCHINSKI (wie Anm. 6) S. 56.

29 S. Schumachers Rede auf der Tagung der Sozialen Arbeitsgemeinschaften, Gelsenkirchen, 24.5.1951, Best.Schu.152. S. a. Tarbé de Saint-Hardouin an Bidault, 17.7.1947 u. Loloy, »Entretien entre le Dr. Schumacher et M. Laloy« (très confidentiel), 16.2.1948, Best.Amb. Bonn, XP 65, XP 3/4 (AOFAA) u. SPD/PV, 17.2.1948, Best.PV. Zum Mißtrauen gegenüber Frankreich in der SPD s. Hennsler an PV, 10.5.1948, Best.Ollenhauer 452, SPD/PV, PA, KK, 8. u. 9.9.1951, Best.PV u. zu den Folgen dieses Mißtrauens in Frankreich und innerhalb der SI s. die Dok. in: Best.Ollenhauer 452 u. 453. S. a. STEININGER (wie Anm. 4) S. 83; Kurt KLOTZBACH, Die deutsche Sozialdemokratie und der Schuman-Plan, in: Klaus SCHWABE (Hg.), Die Anfänge des Schuman-Plans, Baden-Baden 1988, S. 333–337.



Die Zentrale hatte von ihrem Kampf gegen das Ruhrstatut nicht zuletzt erheblichen politischen Nutzeffekt erwartet, aber dieser blieb aus. Hohe Beamte des sozialdemokratisch geführten Wirtschaftsministeriums in Nordrhein-Westfalen und selbst die Parteiaktiven vor Ort zeigten letztlich wenig Engagement in dieser Frage<sup>30</sup>. Fritz Henßler, der Vater des von den Briten suspendierten nordrhein-westfälischen Sozialisierungsgesetzes, meinte resigniert im Herbst 1948, die Partei solle sich politischen, anstatt wirtschaftspolitischen Fragen zuwenden. Die deutschen Gewerkschaften, deren Führer in ihrer Mehrzahl der SPD nahestanden, brachen offen mit der Partei. Im Parteivorstand wandten sich die Bürgermeister von Bremen und Hamburg gegen Schumacher. Schon frühzeitig regten sich auch Stimmen, unter ihnen die von Carlo Schmid<sup>31</sup>, die meinten, eine nationale Lösung der europäischen Wirtschaftsfragen sei überhaupt der falsche Weg: Das Problem der deutschen und europäischen Schwerindustrie könne nur im Rahmen internationaler und besonders deutsch-französischer Zusammenarbeit gelöst werden<sup>32</sup>.

Die Ruhrfrage war somit auch Teil der Europafrage. In der Tat war die Forderung nach europäischer Einheit eine »thèse favorite de la social-démocratie allemande«, wie ein französischer Beobachter schrieb. Allerdings waren Schumachers Vorstellungen eine kuriose Mischung aus sozialistischen Utopien und dem was später von de Gaulle als »Europe des patries« propagandiert wurde: Dem deutschen Parteivorsitzenden schwebte ein kooperatives Europa souveräner sozialistischer Nationalstaaten vor<sup>33</sup>.

Allerdings sprach Schumacher auch in der Europafrage nicht für die gesamte Partei. Landesfürsten wie Kaisen, Reuter und Brauer sowie Sprecher der »neuen Generation« wie Brandt und Schmid kritisierten die starre Haltung des Parteivorsitzenden. Sie lehnten nicht nur Schumachers Argumente in der Ruhrfrage ab, sondern auch seine allgemeine Europapolitik. So forderten die Kritiker, daß die Partei in der überparteilichen europäischen Einheitsbewegung aktiv mitwirken sollte, was Schumacher wiederum ablehnte, weil er eine Verwässerung der sozialistisch-bürgerlichen Gegensätze befürchtete<sup>34</sup>.

Auf den ersten Blick gesehen hatten die Jungtürken, die aus Gründen der persönlichen Loyalität gegenüber dem Parteivorsitzenden von wenigen Ausnahmen abge-

30 S. bes. PLUMPE (wie Anm. 28).

31 Vgl. Tarbés Bericht über eine Unterredung mit Dr. Schmidt (!) in: AURIOL (wie Anm. 3) I: 472–473 (14.10.1947). S. a. Carlo SCHMID, Das deutsch-französische Verhältnis und der Dritte Weg, in: Die Wandlung, 2 (Nr. 9, 1947) S. 792–805.

32 SPD/PV, 28. u. 29.5.1948, Best.PV; Kurt Schumacher, »SPD an Rhein und Ruhr«, in: Neue Ruhr Zeitung, 24.3.1948; handschriftl. Notizen Ollenhauers, 9.4.1948, Best.Ollenhauer, 451; Kurt Schumacher, »Frankreich und die SPD«, 25.2.1949, Best.Ollenhauer 453. Zum Zusammenhang von Ruhrstatut und der Vorgeschichte des Schuman-Plans s. Oswald POST, Karl Arnold, in: MÜHLHAUSEN (wie Anm. 22) S. 262; ROMBEK-JASCHINSKI (wie Anm. 6) S. 35ff. u. 62ff. u. Dietmar PETZINA, Von der Konfrontation zur Integration, in: Peter HÜTTENBERGER, Hansgeorg MOLITOR (Hg.), Franzosen und Deutsche am Rhein 1789–1918–1945, Essen 1989, S. 177.

33 GM Baden, »Activité du parti SPD«, Jan. 1949, Best.GM Baden 2151–3 (AOFAA); SPD/PV, 29. u. 30.10.1948, 21. u. 22.1.1949 u. 5. u. 6.1.1950, Best.PV. S. a. Horst LADEMACHER, Zur Bedeutung des Petersberger Abkommens vom 22. November 1949, in: FOSCHÉPOTH (wie Anm. 14) S. 263.

34 SCHMID (wie Anm. 14) S. 305 u. Brandt (wie Anm. 11) S. 448.



sehen (während der Debatte um den Schuman-Plan trat Kaisen mit seiner Kritik an die Öffentlichkeit) auf eine öffentliche Auseinandersetzung mit Schumacher verzichteten<sup>35</sup>, wenig Erfolg. Bis zu seinem Tode konnte Schumacher die Partei immer wieder auf die Grundsätze seiner europapolitischen Linie festlegen. Aber es war ein Sieg, der keine Langzeitwirkung hatte. Der Parteivorsitzende selbst akzeptierte noch während seiner Lebenszeit die stillschweigende Aushöhlung der parteioffiziellen Position. Deutsche Sozialdemokraten wirkten aktiv an der Arbeit im Europarat und den Institutionen des Schumanplanes mit, nachdem der Bundestag, gegen die Stimmen der SPD, die entsprechenden Verträge verabschiedet hatte. Der Parteiführer nahm es auch hin, daß führende SPD-Mitglieder der »zweiten Generation«, wie Erler, Eichler und Schmid in den leitenden Ausschüssen der überparteilichen Europabewegung eng mit ihren französischen Kollegen zusammenarbeiteten<sup>36</sup>. Deutsche Sozialisten prägten das Europa mit, welches sie offiziell ablehnten. Zu ihrem Glück, so muß man rückblickend sagen, war die Partei eben doch mehr als nur eine Gruppe von Schumachers Gefolgsleuten.

### Die Deutschlandpolitik der SFIO

Obwohl die französischen Sozialisten während der gesamten Besatzungszeit für die französische Deutschlandpolitik mitverantwortlich waren, klaffte ein tiefer Abgrund zwischen ihren Vorstellungen und den Zielen ihrer Koalitionspartner in den ersten Nachkriegsjahren. Die Deutschlandpolitik Frankreichs wurde in erster Linie von den territorialen und politischen Vorstellungen Charles de Gaulles und dem langjährigen christdemokratischen Aussenminister Georges Bideault geprägt. Ihre Forderungen waren eine Neuauflage der französischen Wunschvorstellungen nach dem Ersten Weltkrieg: Das Ruhrgebiet und das linke Rheinufer, »einschließlich Köln«, sollte von Deutschland abgetrennt werden und als unabhängiger Staat unter französischem Einfluß organisiert werden. Das Saarland würde in das französische Wirtschaftssystem integriert werden und politisch als französischer Satellitenstaat existieren. Als nicht »preußisch verseuchte« Gebiete würden sich Baden und Württemberg an Frankreich anlehnen, und Teile der französischen Kultursphäre bilden. Als Verfassungsstruktur für den noch verbleibenden Rest Deutschlands schwebte de Gaulle, der gerne von *les Allemagnes* anstatt *l'Allemagne* sprach, eine Konföderation (*fédération très lâche*), nicht eine Föderation der deutschen Länder vor<sup>37</sup>.

35 Max Cohen an Schumacher, 26.2.1946, Best.Schu.29; Carlo SCHMID, Das deutsch-französische Verhältnis und der Dritte Partner, zit. in: Walter LIPGENS, A History of European Integration, Oxford 1982, S. 655 Anm. 504; SPD/PV, 30.3.1951; François-Poncet an MAÉ, 15.12.1951, Best.Amb. Bonn, XP 91, XP 3/4 (AOFAA). S. a. MEYER-BRAUN (wie Anm. 22).

36 SPD/PV, 19. u. 20.12.1947.

37 S. Raymond ARON, Mémoires, Paris 1987, p. 251; POIDEVIN (wie Anm. 2) S. 405–407 u. 411–413; Wilfried LOTH, Die deutsche Frage in französischer Perspektive, in: Ludolf HERBST (Hg.), Westdeutschland 1945–1955: Unterwerfung, Kontrolle, Integration, München 1986, S. 37–49; Georges-Henri SOUTOU, La politique française à l'égard de la Rhénanie 1944–1947, in: HÜTTENBERGER, MOLITOR (wie Anm. 32) S. 52–53; MAILLARD (wie Anm. 1) S. 86ff. Eine »idealtypische« Analyse der französischen Deutschlandpolitik versucht Wilfried LOTH, Die Franzosen und die deutsche Frage 1945–1949, in: Claus SCHARF, Hans-Jürgen SCHRÖDER (Hg.), Die Deutschlandpolitik Frank-



Spätestens 1947 mußten die Wortführer der gaullistischen Deutschlandpolitik einsehen, daß ihre Zielvorstellungen an dem Widerspruch der westlichen Verbündeten scheitern würden. Zu denen, die diese Entwicklung begrüßten, gehörte die Mehrzahl der französischen Sozialisten. In der SPD artikulierte Kurt Schumacher die deutschlandpolitischen Initiativen meist im Alleingang, aber in der SFIO entwickelten mehrere Parteiführer diesbezügliche Vorstellungen. Paradoxerweise gehörte der neugewählte Generalsekretär Guy Mollet nicht zu ihnen. Zu der Gruppe profilierter Wortführer der sozialistischen Deutschlandpolitik gehörte Salomon Grumbach, ein elsässischer, deutschsprechender Sozialist, der vor 1918 noch Mitglied des deutschen Reichstags gewesen war. Der Parteivorsitzende Léon Blum entwickelte immer wieder vorausschauende Initiativen, während der spätere Verteidigungs- und Innenminister Jules Moch leidenschaftlich jedes Anzeichen einer Remilitarisierung Deutschlands bekämpfte. André Philips Hauptinteresse galt der Wirtschaftspolitik und den Ruhr- und Europafragen, und Marceau Pivert, ein ehemaliger Trotzkist und überzeugter demokratischer Marxist, entwickelte missionarischen Eifer bei der Verankerung der politischen Demokratie in Deutschland<sup>38</sup>.

Angesichts der Vielfalt interessierter Parteiprominenten überrascht es nicht, daß die deutschlandpolitischen Vorstellungen der SFIO weder einheitlich noch frei von Widersprüchen waren. Dieser Tatbestand verhinderte jedoch keineswegs Übereinstimmung in den Reihen der Partei über zentrale Grundsatzfragen. Die französischen Sozialisten unterschieden sich nicht in der Zielsetzung ihrer Deutschlandpolitik von ihren Partnern, wohl aber in der Wahl der Mittel, um das »deutsche Problem« zu lösen. Auch die SFIO verlangte *securité et charbon*, wollte aber, um es etwas überspitzt auszudrücken, Sicherheit mit Deutschland, nicht gegen Deutschland. Im Gegensatz zu de Gaulle, den Führern des MRP und den Kommunisten, die in historisch deterministischen Gegensätzen von preußischer Barbarei und gallisch-römischer Zivilisation schwelgten und das »deutsche Problem« mit Gebietsabtrennungen und unbefristeter militärischer Kontrolle lösen wollten, forderten die SFIO-Führer den Einsatz politischer Mittel. Ungeachtet aller parteiinternen Meinungsverschiedenheiten lehnte die SFIO konsistent jede territoriale Zerstückelung Deutschlands

reichs und die französische Zone 1945 bis 1949, Wiesbaden 1983, S. 28; Renata FRITSCH-BOURNAZEL, Die Wende in der französischen Nachkriegspolitik 1945–1949, in: Französische Deutschlandpolitik (wie Anm. 4) S. 9 u. Rainer HUDEMANN, Zentralismus und Dezentralisierung in der französischen Deutschland und Besatzungspolitik 1945–1947, in: Winfried BECKER (Hg.), Die Kapitulation von 1945 und der Neubeginn in Deutschland: Symposium an der Universität Passau 1985, Köln 1987, S. 191. Zur Föderalismus-Diskussion in französischen Regierungskreisen vgl. WOLFRUM (wie Anm. 9) S. 274–284 u. Frank R. PFETSCH, Die französische Verfassungspolitik in Deutschland nach 1945, in: Französische Deutschlandpolitik (wie Anm. 4) S. 115–119.

38 SFIO/CD, 13. u. 22.11.1944. S. a. Loth (wie Anm. 3) S. 43, 54, 89–90, 98 u. 312 Anm. 42; Frank Roy WILLIS, The French in Germany, 1945–1949, Stanford 1962, S. 68–69; Jean CHARLOT, Le Gaullisme d'Opposition, 1946–1958, Paris 1983, S. 37. Philip, einer der wenigen praktizierenden Protestanten in der SFIO, hatte auch gute Verbindungen zu deutschen Kirchenkreisen. S. Jean MOREAU, Les aspects particuliers de la politique d'occupation française dans les domaines de la jeunesse et de l'éducation populaire, in: Jérôme VAILLANT (Hg.), La dénazification par les vainqueurs: La politique des occupants en Allemagne 1945–1949, Lille 1981, S. 25 u. 33. Zu Pivert jetzt die ausführliche Biographie, Jacques KERGOAT, Marceau Pivert: Socialiste de Gauche, Paris 1994.



ab. Nachdem schon der konstituierende Parteitag im August 1944 eine Resolution gegen »morcellement« oder »démembrement« des Reiches verabschiedet hatte, bekräftigten die SFIO-Führungsgremien und die Parteitage wiederholt die Opposition der Partei gegen jegliche französische Annexions- oder Zerstückelungspolitik. Darüber hinaus wandte die Partei sich auch gegen die Gründung von künstlichen Gebilden wie einen »unabhängigen« Staat *Rhénanie*. Grumbach zum Beispiel sicherte der SPD zu, daß sie bei der Abwehr separatistischer Tendenzen in Rheinland-Pfalz auf die Hilfe der SFIO rechnen könnte<sup>39</sup>.

Die französischen Sozialisten lehnten die Zerstückelung Deutschlands ab, weil sie überzeugt waren, gerade eine derartige Politik würde zwangsläufig eine Wiederbelebung des deutschen Chauvinismus mit sich bringen. Chauvinismus und Demokratie jedoch waren aus Sicht der SFIO-Führer unvereinbar. Aus dieser Perspektive sahen sie auch Kurt Schumachers nationale Tiraden als Spiel mit dem Feuer. Die Attacken des deutschen Parteiführers mit ihren Spitzen gegen Frankreich hinterließen in französischen Sozialistenkreisen den Eindruck, Schumacher hätte sich die Vorstellungen der deutschen, bürgerlichen, anti-demokratischen Nationalisten zu eigen gemacht.

Hier verkannten die französischen Sozialisten zweifelsohne die Motivation des deutschen Parteiführers, wie sie manchmal auch in der Übertragung französischer Erfahrungen auf die deutsche Innenpolitik falsch lagen. Die Mitglieder des CD zum Beispiel wandten sich gegen die Einführung von konfessionellen Schulen in Rheinland-Pfalz mit dem Argument, daß die französische Geschichte lehre, kirchliche Schulen seien erfahrungsgemäß Brutstätten des Nationalismus<sup>40</sup>.

Die französischen Sozialisten hielten sich zugute, keine leichtgläubigen Utopisten zu sein. Die französische *mission civilisatrice* in Deutschland war langfristig angesetzt. 1945 sprach auch die SFIO von einer Besatzungs- und Umschulungszeit (*rééducation*) in Deutschland, die 30 bis 50 Jahre dauern könnte. Bei einigen Sozialisten, wie Auriol, hatte Kontrolle, nicht *rééducation*, überhaupt Priorität. Der Präsident der Republik registrierte mißtrauisch jede nationalistische Äußerung in Deutschland und verwies wiederholt in seinen öffentlichen Reden und in seinem Tagebuch auf die Lehren von Versailles wie er sie sah: Jedes voreilige Wiedererstarken Deutschlands bringe die Gefahr einer neuen Diktatur und eines neuen Krieges mit sich<sup>41</sup>. Auriol drohte 1948 sogar mit seinem Rücktritt – was zu einer Verfassungskrise geführt hätte – falls die französische Regierung eine Remilitarisierung Deutschlands akzeptiere<sup>42</sup>.

39 SFIO/CD, 15.3.1945, 26.3.1946 u. 19.2.1947; Markscheffel an Ollenhauer, 15.9.1946, Best. Markscheffel/7; Robert Görlinger an Schumacher, 24.2.1946, Best.Schu.95; SPD/PV, 4.6.1946; Cohen an Heine, 20.4.1946, Best.Schu.29 u. Grumbach, Deutschland und die Probleme der Ruhr: [Resolution] vorgelegt bei der Pariser Konferenz europäischer Sozialisten (hiernach: »Ruhr-Resolution«), 24. u. 25.4.1948 Best.Ollenhauer 451. S. a. Alain LATTARD, Gewerkschaften und Arbeitgeber in Rheinland-Pfalz unter französischer Besatzung 1945–1949, Mainz 1988, S. 39.

40 SFIO/CD, 19.2.1947 u. 2.2.1949. S. a. HÄNSCH (wie Anm. 2) S. 83; LOTH (wie Anm. 3) S. 237–238 u. SCHMID (wie Anm. 14) S. 308–309.

41 AURIOL (wie Anm. 3) S. II: 561 (7.12.1948), II: 574 (10.12.1948), II: 638 Anm. 45, II: 646 Anm. 50, II: 695 Anm. 38 u. II: 697 Anm. 69. S. a. LOTH, ebd., S. 37–38 u. 311 Anm. 24.

42 SFIO/CD, 5.4., 26.4. u. 6.12.1950; AURIOL, ebd., S. II: 213 (5.5.1948). S. a. Jules MOCH, Histoire du réarmement allemand depuis 1950, Paris 1965; Daniel MAYER, Contre le réarmement allemand: Discours prononcé le 25 octobre 1950 à l'Assemblée nationale, Paris 1950; QUILLIOT (wie Anm. 18) S. 354–355 u. LOTH, ebd., S. 238–239.



Im Gegensatz zu den Gaullisten und Christdemokraten forderte die SFIO aber nicht einen starken französischen Nationalstaat und eine schwache deutsche Konföderation. Nach der Vorstellung der SFIO sollten das Reich und Frankreich politisch und wirtschaftlich in ein mit supranationalen Befugnissen ausgestattetes, vereintes, demokratisch-sozialistisches Europa eingebettet werden. Initiatoren und tragende Fundamente dieses Europas sollten zunächst Frankreich und Großbritannien sein. Es war eine schwere Enttäuschung für die französischen Sozialisten, daß die Labour-Partei sich zunehmend von dem Ziel eines föderalistischen Europas distanzierte<sup>43</sup>.

Angesichts dieser deutschlandpolitischen Zielsetzungen kann es nicht überraschen, daß der SFIO die gesamte Richtung der französischen Besatzungspolitik mißfiel. Neben Kritik an der Personalpolitik der Besatzungsbehörden (Mitglieder des CD klagten ständig, daß hohe Vichy-Funktionäre Unterschlupf in Baden-Baden gefunden hätten und Rivet meinte in einer CD-Debatte einmal, Pétains letztes Aufgebot sei gleich von Sigmaringen nach Baden-Baden umgezogen), zielte die Kritik auf das Grundsätzliche: Die französischen Militärs hätten politische Fehlentscheidungen getroffen, die »provoquent la rupture avec les démocrates allemands« und somit den Aufbau der Demokratie in Deutschland hintertrieben<sup>44</sup>.

Die politische Konstellation des *tripartisme* verhinderte eine grundsätzliche Neuorientierung der französischen Deutschlandpolitik vor dem Ausscheiden der Kommunisten aus der Regierungskoalition, aber es war kein Zufall, daß immer dann etwas Bewegung in die französische Deutschlandpolitik kam, wenn ein Sozialist an der Spitze des Kabinetts stand. Félix Gouin und Léon Blum markierten klare Stationen der Abkehr von gaullistischen Vorstellungen. Zu einem ersten Eklat in der *tripartisme* Koalition kam es schon bald nach de Gaulles Rücktritt. In einer viel beachteten Rede in Straßburg am 24. März 1946 forderte der neue Ministerpräsident Félix Gouin zwar eine längere Besatzungszeit in Deutschland, distanzierte sich aber öffentlich von jeglicher Annexionspolitik. Das CD sprach Gouin seinen Glückwunsch aus; er hätte die Politik der Partei »magnifiquement précisé«<sup>45</sup>.

Massive Kritik der Kommunisten und des MRP veranlaßten Gouin aus Gründen der Koalitionsrason vor dem Chambre des Députés zu erklären, er hätte mit seiner Straßburger Rede keine Revision der französischen Außenpolitik einleiten wollen. Gerade dieser Rückzieher führte jedoch zu einer spürbaren Entfremdung zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Führungsgremium seiner Partei. Unter Zustimmung seiner Kollegen im CD kritisierte Grumbach, daß der Ministerpräsident »n'ait pas maintenu la position précédemment définie par le Parti«. (Diese Episode und die wenig freundlichen persönlichen Beziehungen zwischen Mollet und dem Minister-

43 SFIO/CD, 12.1.1947, 5.3.1948, 19.1.1949 u. 13.6.1950.

44 SFIO/CD, 1.12.1945, 23.3.1946, 14.5.1947, 1.10.1947 u. 4.8.1948. Das Zitat stammt aus der Sitzung vom 14.5.1947. Vgl. auch Rosenfelds Kritik an Laffon ebd. 1.12.1945. S. a. Alain LATTARD, Zielkonflikte französischer Besatzungspolitik in Deutschland: Der Streit Laffon-Koenig 1945–1947, VfZ 39 (1991) S. 8; DERS (wie Anm. 39) S. 60 u. WILLIS (wie Anm. 38) S. 78–79.

45 SFIO/CD, 26.3.1946. S. a. Raymond POIDEVIN, Frankreich und die Ruhrfrage 1945–1951, in: Historische Zeitschrift, 228 (1979) S. 319 u. France, S. 415. SOUTOU (wie Anm. 37) S. 55–56 vertritt die Ansicht, Gouin hätte keine Änderungen der gaullistischen Politik bezweckt.



präsidenten dürften auch dazu beigetragen haben, daß Gouin, als er später in einem Korruptionsskandal verwickelt wurde, in der Affäre wenig Rückendeckung durch das CD erhielt)<sup>46</sup>.

Ohne Rücksicht auf Gouins politische Niederlage bekräftigte das kurzlebige, reinsozialistische Kabinett Blum seine Abkehr von jeder Annexionspolitik in Deutschland. Zwar versicherte auch Blum, daß »Je n'ai rien abandonné, rien compris«, aber diese Aussage beschränkte sich auf die Ziele der französischen Deutschlandpolitik, nicht die Wahl der Mittel. Hier hatte Blums erneute öffentliche Erklärung in der Tat neue Akzente gesetzt<sup>47</sup>.

Wie ihre deutschen Kollegen, machten sich auch die französischen Sozialisten frühzeitig Gedanken über eine neue deutsche Verfassung. Hierbei teilten sich die Parteiführer in deutschlandpolitische Optimisten und Pessimisten. Symptomatisch für die zukünftige deutschlandpolitische Debatte in den Reihen der SFIO war eine Auseinandersetzung zwischen Oreste Rosenfeld, dem Redakteur des Parteiorgans *Populaire*, und Jules Moch Ende 1945. Rosenfeld forderte schon zu diesem Zeitpunkt den Rückzug eines Teils der französischen Besatzungstruppen und die Einführung von Maßnahmen, die das demokratische Bewußtsein der deutschen Bevölkerung stärken würden. Jules Moch, jetzt und später Wortführer der Skeptiker in Sachen Deutschland und den Deutschen, bezweifelte dagegen den Nutzen einer deutschen Zentralverwaltung und sah keinen Anlaß, französische Truppen zurückzuziehen<sup>48</sup>.

Die Pessimisten argumentierten, nicht zuletzt unter dem Eindruck von Schumachers mißverstandenen Standpunkt in der nationalen Frage, daß die deutsche Demokratie, zumindest mittelfristig gesehen, auf zu schwachen Füßen stünde, um ein friedliches Reich zu garantieren. Die Pessimisten gingen auch von einer langen politischen Lehrzeit für die deutschen Demokraten aus, wobei die französische Partei eine Art Patenschaft für die deutschen Sozialdemokraten übernehmen wollte. Dieser Standpunkt fand seinen konkreten Niederschlag in einem 1946 von Olivier Lapie ausgearbeiteten Vorschlag für ein deutsches Verfassungsstatut. Die Vorlage sah das zukünftige Deutschland als einen sehr dezentralisierten Bundesstaat: Ein indirekt gewähltes Parlament und eine Bundesregierung ohne Finanzhoheit sollte den potentiellen Mißbrauch der Machtbefugnisse zentraler Instanzen verhindern.

Die Optimisten, in deren Reihen sich profilierte Politiker wie Blum, Philip, Mayer und Boutbien befanden, gingen ebenfalls von einer föderalistischen Struktur des Reiches aus (SFIO-Sprecher forderten wiederholt ihre deutschen Genossen auf, das parteioffizielle Festhalten an einem deutschen Einheitsstaat aufzugeben), setzten aber wesentlich mehr Vertrauen in die Wiedergeburt der deutschen demokratischen

46 SFIO/CD, 9.4.1946 u. Alfred Weber, »Die politische Lage in Frankreich, 9.4.1946«, Best.Schu.95. Zur Haltung der Kommunisten u. des MRP s. STEININGER (wie Anm. 4) S. 606, 793–794 u. 1014.

47 SFIO/CD, 12.1. u. 19.2.1947. Vgl. AURIOL (wie Anm. 3) I: 28–29 (18.1.1947); LOTH (wie Anm. 3) S. 119–120; SOUTOU (wie Anm. 37) S. 61; SCHREINER (wie Anm. 3) S. 94–95 u. 117–19; WOLFRUM (wie Anm. 9) S. 307 u. Georgette ELGEY, Histoire de la IV<sup>e</sup> République, 2 Bde., Paris 1965–1968, I: 132.

48 SFIO/CD, 1.12.1945 u. 19.2.1947. S. a. René Hostache, L'Organisation de la Résistance au Printemps de 1944, S. 373, in: Libération, S. 386.



Kräfte und speziell der deutschen Sozialdemokraten. Insbesondere machten sie geltend, daß Bevormundung durch die Besatzungsmächte und ein aufoktroiertes Verfassungssystem die Deutschen zwangsläufig wieder in das anti-demokratische Lager treiben würden<sup>49</sup>.

Die Meinungsverschiedenheiten spitzten sich zu, als 1948/49 die Londoner Beschlüsse die Gründung der Bundesrepublik in greifbare Nähe rückten. Inzwischen hatte der Kalte Krieg und besonders die Berliner Blockade (die feste Haltung der Westberliner Bevölkerung und der Berliner Sozialdemokraten während der Blockade machten einen tiefen Eindruck auf die französischen Sozialisten) das Lager der Pessimisten weitgehend geschwächt. Diese Entwicklung trat offen zutage als das CD am 2. Februar 1949 eine großangelegte deutschlandpolitische Debatte begann, die zwei Monate später, am 6. April, zu einer einstimmig angenommenen *Motion sur l'Allemagne* führte. In dieser Entschliessung bekräftigten die SFIO-Führer kurz vor der Zusammenkunft des Parlamentarischen Rates in Bonn noch einmal ihre Opposition gegen jedes »morcellement territorial« Deutschlands und lehnten sowohl die Unterstützung separatistischer Bestrebungen als auch die »création artificielle de plusieurs Allemagnes« ab. Endlich gaben sie der Überzeugung Ausdruck, daß jede von den Alliierten aufgezwungene Verfassung »ne constituerait qu'une tromperie dangereuse«. Gewiß waren nicht alle Mißtöne verhallt<sup>50</sup>. Im Kabinett plädierte Moch für einen letzten »vaste appel à la raison pour essayer de raccrocher les relations entre les Russes et les Alliés« und im CD erinnerte Grumbach das Führungsgremium der SFIO im September 1949 noch einmal, daß »le Parti devant se montrer prudent sur le problème allemand«. Dennoch: Die Resolution war ein klarer Vertrauensvorschuß der französischen Sozialisten für die zweite deutsche Republik<sup>51</sup>.

Bei ihren Diskussionen über die Zukunft Deutschlands setzte die SFIO immer voraus, daß das neue Deutschland ein fester Bestandteil des westlichen Bündnisses und eines vereinten Westeuropas bilden würden. Mollet beschrieb die Haltung der Partei treffend: Sie lehne die »politique communiste, nationaliste russe« ebenso ab, wie die »politique de Gaulle nationaliste française«. An beider Stelle forderte Mollet, »il faut parler en faveur de l'Europe occidentale«<sup>52</sup>. Es überrascht somit nicht,

49 Markscheffel an SPD/PV, 8.10.1946, Best. Markscheffel/7; Franz Seume, Zur Frage der Internationalisierung des Ruhrgebietes (hiernach: »Frage«), Apr. 1948, S. 27, Best. Ollenhauer 452; SFIO/CD, 12.1. u. 30.7.1947. S. a. Hudemann (wie Anm. 37) S. 193; LATTARD (wie Anm. 39) S. 43–45 u. DERS. (wie Anm. 44) S. 32–34; HÄNSCH (wie Anm. 2) S. 88 u. LOTH (wie Anm. 3) S. 112.

50 Der amerikanische Militärgouverneur Clay war oft Ziel französischer Angriffe. Auriol kommentierte bitter, die Amerikaner »sind die Baumeister des schnellen Wiederaufstiegs Deutschlands«, während Robert Schuman von Clay behauptete, der General wäre überzeugt, *que la France ne peut prendre la tête en Europe, et que c'est à l'Allemagne de le faire*. AURIOL (wie Anm. 3) S. II: 466 u. 521 (6.10. u. 11.11.1948).

51 SFIO/CD, 4.8. u. 6.10.1948; 2.2., 6.4. u. 22.9.1949; u. AURIOL, ebd. II: 177 (14.4.1948), III: 204–205 (21.4.1949). S. a. Renata FRITSCH-BOURNAZEL, Mourir pour Berlin? Die Wandlungen der französischen Ost- und Deutschlandpolitik während der Blockade 1948/49, VfZ 35 (1987) S. 187–188.

52 AURIOL, ebd. II: 174–80 (14.4.1948); SFIO/CD, 23.11.1948 u. »Ruhr-Resolution«.



daß die CD-Mitglieder, die den Atlantik-Pakt »avec ampleur« befürworteten, sich auch besonders lebhaft in der überparteilichen Bewegung für ein föderalistisches Europa engagierten.

Eine Minderheit der SFIO-Führer – darunter Blum, Philip, Boutbien und Verdier – erkannte auch früher als die deutsche Zentrale und die Mehrheit der eigenen Genossen, daß der Traum eines sozialistischen Europas unter Einschluß Großbritanniens sich nicht verwirklichen lassen würde. Diese Erkenntnis führte zwangsläufig zu zwei Konsequenzen, die anzuerkennen manchem in der SFIO noch schwerfiel: Um die Einheit West-Europas zu schaffen, müßten die Sozialisten mit bürgerlichen Föderalisten zusammenarbeiten und die fehlende englische Säule durch deutsch-französische Kooperation ersetzen<sup>53</sup>. Während die Realisten argumentierten, Europa müsse mit den Kräften geschaffen werden, die Europa wollten, gaben andere, unter ihnen Mollet, die Hoffnung, die internationale Zusammenarbeit der Sozialisten, auch der Labour Party, könne die Europa-Bewegung doch noch in sozialistische Bahnen lenken, zunächst nicht auf.

Der schwelende Konflikt über die Wege zur Einheit Europas wurde zum lodernen Feuer im September 1950. Eine Rede André Philips löste den Eklat aus. Mollet warf Philip vor, »dans un moment de générosité oratoire« erklärt zu haben, wenn er, Philip, wählen müßte zwischen einem europäischen und einem sozialistischen Bewußtsein (*conscience*), würde er das europäische wählen. Mollet beschuldigte Philip des »Verrats« an der Partei, denn unter den gegebenen Umständen wäre das Ergebnis ein liberales, kein sozialistisches Europa. Außerdem meinte der Generalsekretär mit Hinblick auf die jüngste Vergangenheit, »il est inacceptable de faire l'Europe avec nos anciens ennemis et sans nos anciens alliés«.

Die Mehrheit des CD teilte Mollets Ärger, aber Philip ließ sich nicht abhalten, seine Position weiterhin in öffentlichen Reden zu artikulieren. Ende des Jahres kam er in einer Rede vor deutschen Studenten auf das Thema zurück. Er erklärte den Sozialismus für tot (»il se meurt«) und sprach das Unaussprechliche aus: Europa »ne serait qu'une alliance franco-allemande«. Im CD gab es erneut heftige Kritik<sup>54</sup>. Trotzdem ging es bei der Debatte mehr um Emotionen und Symbolik als um praktische Politik. Ähnlich wie Schumacher war auch Mollet bereit, seine Partei am Aufbau eines multilateralen Europas zu beteiligen. Er ging sogar noch weiter als der deutsche Parteiführer. Mollet spielte eine herausragende Rolle bei der Konstituierung des Europarats und den anderen Institutionen der europäischen Einheit.

Zusammenfassend sollte festgehalten werden, daß die weitgehende Übereinstimmung der Erneuerer in der SPD und der Mehrheit der SFIO-Parteiführer über die Grundzüge der Deutschlandpolitik nicht ohne Bedeutung für die Zukunft war. Hier

53 SFIO/CD, 19.2.1947, 21.9.1948 u. 9.11.1949; SPD/PV, 26.5.1950 (Bericht über den SFIO-Parteitag, Mai 1950). Vgl. QUILLIOT (wie Anm. 18) S. 391; LOTH (wie Anm. 3) S. 208–209, 220 u. 347–348 Anm. 105 u. DERS. (wie Anm. 37) S. 45; LIPGENS (wie Anm. 3) S. 174 u. 178ff. u. HÄNSCH (wie Anm. 2) S. 125.

54 SFIO/CD, 17.3.1948 u. 13.9. u. 13.12.1950. S. a. Wilfried LOTH, *The French Socialist Party, 1947–1954*, in: Richard T. GRIFFITH (Hg.), *Socialist Parties and the Question of Europe in the 1950s*, Leiden 1993, S. 30–31.



entstand eine Symbiose von Vorstellungen, die in den 50er und 60er Jahren entscheidend zur Konstruktion der europäischen Einheit und der deutsch-französischen Kooperation beitrugen. So paradox es klingt, die Erneuerer unter den deutschen Sozialdemokraten und die Mehrheit der SFIO-Führer lieferten einen nicht unerheblichen Beitrag bei der Konstruktion der Konsensfundamente für Konrad Adenauers und Robert Schumans Europakonzeption.

### SPD und SFIO: Bilaterale und internationale Beziehungen

Internationale Zusammenarbeit war ein traditionelles Ideal der sozialistischen Parteien und so war es nur folgerichtig, daß die französischen Sozialisten schon wenige Wochen nach Kriegsende Kontakte mit den deutschen Sozialdemokraten aufnahmen. Während das CD im Februar 1945 noch beschlossen hatte, bei Verbindungen mit deutschen Sozialdemokraten Vorsicht walten zu lassen (besonders Moch und Auriol hatten kein Interesse an sofortigen Beziehungen zu einer wieder entstandenen SPD<sup>55</sup>) kam es schon im Herbst 1945 zu indirekten Kontakten zwischen deutschen und französischen Sozialisten in der französischen Zone. Mitte 1946 ernannte die SPD-Zentrale, im Einvernehmen mit der SFIO-Führung, Günter Markscheffel zum offiziellen Verbindungsmann zwischen den beiden Parteien. Markscheffel hatte die Kriegsjahre im Exil in Frankreich verbracht und genoß das Vertrauen der Sozialisten auf beiden Seiten des Rheins. Mit Hilfe der SFIO konnte Markscheffel auch ein »Zonenverbindungssekretariat« für die SPD in der französischen Zone zu einer Zeit aufbauen, als die Besatzungsorgane noch das Ziel einer extremen politischen Dezentralisierung verfolgten und gesamtzonale politische Aktivitäten keineswegs erlaubten<sup>56</sup>.

Bald folgten Auftritte französischer Sozialisten in Deutschland. Salomon Grumbach war der erste ausländische Politiker, der nach dem Krieg öffentlich auf einer deutschen Massenkundgebung redete; im August 1946 sprach er zu 75 000 Zuhörern in Hamburg. Grumbach war es auch, der ab 1946 als offizieller Beauftragter der SFIO regelmäßig die deutschen Parteitage besuchte. Die deutschen Sozialdemokraten wußten es zu schätzen. Tarbé de Saint-Hardouin, der politische Berater General Pierre Koenigs, berichtete, Grumbachs Anwesenheit auf dem SPD-Parteitag 1947 in Nürnberg »a été saluée comme un véritable événement«<sup>57</sup>. Und Grumbach blieb nicht der einzige SFIO-Politiker, der sich aktiv am deutschen Parteileben beteiligte. André Philip gab Ende 1948 und Anfang 1949 eine vielbeachtete Vortragsreihe über das Thema »Frankreich und die europäische Wirtschaftsunion«. Er hielt Vorträge in deutscher Sprache in Hagen, Bochum, Dortmund und Hamburg, wobei er für das Ruhrstatut warb und Gedankengänge entwickelte, die später im Schuman-Plan ihren Niederschlag fanden<sup>58</sup>.

55 SFIO/CD, 20.2.1945.

56 Markscheffel, »Die Vertretung der SPD in Frankreich (Vorschlag)«, 27.5.1946, Best.Schumacher 30. Über Markscheffels Rolle beim Aufbau der SPD in der französischen Zone s. Wolfrum (wie Anm. 9) S. 140–141 u. Kusch (wie Anm. 24) S. 110.

57 Tarbé de Saint-Hardouin an Bidault, 17.7.1947, Best.Amb. Bonn, XP 65, XP 3/4 (AOFAA). S. a. LOTH (wie Anm. 3) S. 332 Anm. 27.

58 SCHUMACHER (wie Anm. 12) S. 763 Anm. 23; Poidevin (wie Anm. 14) S. 137 u. ELGEY (wie Anm. 47) I: 443.



Gewiß wurde dieses Bild wachsender Zusammenarbeit immer wieder durch aufkeimendes Mißtrauen getrübt. Insbesondere die unterschiedlichen Persönlichkeiten und politischen Stile der Parteiführer erschwerten den Bau einer festen Vertrauensbasis. Obwohl die französischen Sozialisten Schumachers standhaften Widerstand gegen den Nationalsozialismus anerkannten, reizte sie sein ganzes Wesen und noch mehr sein »Nationalismus«. Im Laufe der Jahre erregte er den Unwillen fast sämtlicher SFIO-Führer. Auch diejenigen, wie Philip und Grumbach, die für sich in Anspruch nahmen, besonders »europäisch« und »international« zu denken, betrachteten Schumacher als einen rüden Nationalisten. Der deutsche Parteivorsitzende sparte seinerseits nicht mit Kritik. Er sah den französischen Generalsekretär als Opportunisten, der die SFIO als »Oberlehrer« führte<sup>59</sup>. Was Grumbach und Philip (der »Schlimmste von Allen«, so der deutsche Parteivorsitzende) anbetraf, war Schumacher überzeugt, die Franzosen hätten seine Haltung überhaupt nicht verstanden, was rückblickend auch nicht ganz unrichtig war<sup>60</sup>.

Bei dem Wiederaufbau der Sozialistischen Internationale (SI) setzte die SPD ihre eigene Wiederaufnahme als Mitglied als selbstverständlich voraus. Die Partei war im Gegensatz zu anderen sozialistischen Parteien nicht einmal enttäuscht, daß der Kalte Krieg die neue Internationale praktisch auf die westeuropäischen Parteien beschränkte, denn 1945 hatte die SPD die Sozialdemokratie im Ostblock ohnehin schon abgeschrieben. Konkret hatte die SPD ein besonderes Interesse an guten Beziehungen zur Labour Partei und zu der SFIO. Diese beiden »Bruderparteien« waren nicht nur die bedeutendsten sozialdemokratischen Parteien in Westeuropa, sondern auch Mitglied beziehungsweise Träger der Regierung von zwei der drei westlichen Besatzungsmächte<sup>61</sup>.

Während die SPD wiederholt von der Stellungnahme der Labour-Party enttäuscht wurde, war die Haltung der SFIO aus der Sicht der deutschen Sozialdemokraten entschieden positiver. Léon Blum, aber auch andere französische Sozialisten, zeigten Verständnis für die Lage der SPD vor und während des Dritten Reiches; die Krise in

59 Dies war auch ein wunder Punkt für die französischen Parteiführer. Jules Moch schrieb Mollet einmal, daß der Generalsekretär sich in der Partei als »kleiner, sturer Pauker« (*sale, petit pion*) aufführe. Mollet entgegnete, daß ihn das Wort *pion* besonders schmerzlich berührt hätte; dieses Schimpfwort hätte er noch aus seiner Zeit als Lycée-Lehrer in schlechter Erinnerung. S. Denis LEFEBVRE, Guy Mollet: *Le mal aimé*, Paris 1992, S. 144.

60 Zur Beurteilung der Entwicklung in Frankreich u. der Situation der SFIO aus deutscher Sicht, s. SPD, Büro Westzonen, Anlage zu Rdschr. 4/1946, Rdschr. 79/1946, 29.4.1946, Best.Schu. 45a; Markscheffel an SPD/PV, 9.4.1948, Best.Ollenhauer 451; SPD/PV, 13. u. 14.3.1947 u. SOPADE, »Sonderdienst«, Nr. 167, 28.5.1948. Zu unterschiedlichen Urteilen über das Verhältnis Schumacher und Frankreich kommen, François-Poncet an MAE, 23.11.1949 u. Bernard an MAE, 10.4.1952, Best.Amb. Bonn XP/65, XP/3/4 u. XP/91, XP/3/4 (AOFAA). Zu der Kritik an der Parteiführung der SFIO in den Reihen der SPD s. SPD/PV, 10.1.1947 u. SPD/PV, PA, KK, 8. u. 9.9.1951, Best.PV u. Schumacher an H. Brill, 4.9.1951 und seine Rede 17.9.1950, in: SCHUMACHER (wie Anm. 12) S. 819–820 u. 857.

61 Schumacher an Markscheffel, 28.12.1945 u. Ollenhauer an Vorrink, 5.4.1946, Best.Schumacher 93; Tarbé de Saint-Hardouin an Bidault, 31.5.1947, Best.Amb. Bonn XP/3/4/6 (AOFAA) u. »Conversation Schumacher«. Schon aus diesem Grunde ist Klaus-Jürgen MÜLLERS Urteil (wie Anm. 12, S. 193), nicht überzeugend.



den eigenen Reihen als Folge des Votums für Pétains Machtbefugnisse 1940 mag nicht ohne Einfluß auf das französische Verständnis für die Probleme im Umgang mit Volksverführern gewesen sein<sup>62</sup>.

Nachdem die vorbereitende Kommission der SI (Comisco) den ersten Wiederaufnahmeantrag der SPD 1946 noch abgelehnt hatte, nahmen die Delegierten auf ihrer Sitzung in Antwerpen im November 1947 einen erneuten Antrag mit 16:4 Stimmen an. Bei diesem Ergebnis spielte die SFIO eine bahnbrechende Rolle, was die deutschen Parteiführer dankbar anerkannten<sup>63</sup>.

Sowohl für die SFIO als auch für die SPD lag die Bedeutung internationaler sozialistischer Zusammenarbeit nicht zuletzt darin, daß sie die Gestaltung einer bilateralen sozialistischen Deutschlandpolitik erleichtern würde. Wie wir sahen, konnten sie diese Zielsetzung bis zu einem gewissen Grade auch verwirklichen. Auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik und speziell der Ruhr- und Saarfrage störten jedoch bald scharfe Auseinandersetzungen die bilaterale Zusammenarbeit. Zunächst schien die Kooperation auch hier gut anzulaufen. So begrüßten beide Parteien den Marshall-Plan<sup>64</sup>, und die SFIO wandte sich frühzeitig gegen die übertriebene Demontage des deutschen Industriepotentials, auch in der französischen Zone. Kontrolle und Nutzen, nicht Abbau der deutschen Produktionsstätten sollten Priorität haben. Als Fernziel bezeichneten die französischen Sozialisten schon vor Kriegsende: »La démocratie internationale doit être complétée par la démocratie internationale économique«<sup>65</sup>.

Die wirtschaftspolitischen Aspekte der SFIO-Deutschlandpolitik fanden unter den Koalitionspartnern und Zeitgenossen auf beiden Seiten des Rheins wenig Gegenliebe. Sie galten als verschwommen, widerspruchsvoll und ohne Rückhalt in der öffentlichen Meinung; französische Kommunisten und Christdemokraten betrachteten die »weiche« Linie ihres Koalitionspartners als appeasement und setzten sich darüber hinweg. In Deutschland lehnte die SPD die gesamte französische Wirtschaftspolitik, auch die Vorstellungen der Bruderpartei, als versteckte Variante französischer Großmachtspolitik ab. Das Ruhrgebiet nahm eine Schlüsselposition ein in den Wirtschaftsvorstellungen der französischen wie auch der deutschen Sozialisten. Im März 1946 erörterte Léon Blum in drei längeren Aufsätzen die Grundsätze, die später das Leitmotiv der SFIO-Ruhrpolitik für die gesamte Besat-

62 SFIO/CD, 12.1.1947. Markscheffel an Schumacher, 28.12.1945, Schumacher an Daniel Mayer, 6.1.1946 u. Cohen an SPD/PV, »Bericht Nr. 3«, 13.7.1946, Best.Schu. 93, 30 u. 29; Schumachers Rede im Niedersächsischen Landtag, 24.8.1946, in: SCHUMACHER (wie Anm. 12) S. 447; SPD PT 1946, S. 102 (Otto Schmidt). S. a. Rolf STEININGER, Der Wiederaufbau der Sozialistischen Internationale, in: HABERL (wie Anm. 3) S. 488–489 u. 496–497; LOTH (wie Anm. 3) S. 334 Anm. 46 u. Werner RÖDER, Die deutschen sozialistischen Exilgruppen in Großbritannien 1940–1945, Hannover 1966, S. 162–163 u. 169.

63 SFIO/CD, 12.1., 11.6.1947, u. 12.11.1947; LOTH, ebd., S. 115–118 u. 333–334 Anm. 43 u. Alfred GROSSER, L'Allemagne de notre temps 1945–1978, Paris. 1978, S. 284.

64 SFIO/CD, 17.3. u. 24.3.1948; SFIO, Commission Internationale und Commission des Affaires Économiques, »Travail préparatoire pour déterminer la position de la délégation française à la conférence des partis socialistes des pays ayant acceptés la principe de l'aide américaine« (hiernach: SFIO, »Marshall-Plan 3/48«), 17.3.1948, S. 10ff., 23, 25 u. 33ff., Best.Ollenhauer 451. Robert VERDIER, PS/PC: Une lutte pour l'entente, Paris 1976, S. 166 bestätigt, »Les socialistes n'ont eu pour leur part aucune hésitation« die Marshall-Plan Hilfe anzunehmen.

65 SFIO/CD, 20.2.1945 u. 2.2.1949.



zungszeit bilden würden: Keine politische Heraustrennung des Ruhrgebiets aus dem deutschen Staatsverband, Sozialisierung der Produktionsmittel in einer Weise, die sich später auf andere Gebiete Europas ausdehnen ließ und internationale Kontrolle der Ruhrwirtschaft in Zusammenarbeit mit demokratisch gewählten Vertretern des deutschen Volkes (Übrigens entwickelte Carlo Schmid einige Monate später sehr ähnliche Gedanken)<sup>66</sup>.

Blums gutfundierter Beitrag hatte weniger Einfluß auf die Tagespolitik als der Verfasser vielleicht erwartet und erhofft hatte. Aus taktischen Gründen (zur Zeit der Veröffentlichung verhandelte Blum in Washington über einen französischen Kreditantrag) zeichnete Oreste Rosenfeld, damals Chefredakteur des Parteiorgans *Populaire*, als Verfasser der Artikel. Dann paßten Blums Ideen auch noch nicht in die politische Landschaft. Obwohl der Darmstädter Regierungspräsident Ludwig Bergsträsser nach einem Besuch in der französischen Hauptstadt berichtete, Blums Ideen lägen in der »Pariser Luft«<sup>67</sup>, so basierte diese Schlußfolgerung wohl auf einer erheblichen Portion Zweckoptimismus. Wenige Monate nach Kriegsende beherrschten das politische Meinungsbild in Frankreich noch Stimmen, die die Internationalisierung der deutschen Wirtschaft in erster Linie als Mittel politischer Kontrolle auslegten. Auch in den Reihen der SFIO trafen Blums Vorstellungen – noch – nicht auf einhellige Zustimmung. Unter den Prominenten der Partei machten sich besonders Pierre-Olivier Lapie und Vincent Auriol zu Wortführern einer Wirtschaftspolitik zugunsten Frankreichs. In durchaus gaullistischer Manier verlangte Lapie die internationale Kontrolle des Ruhrgebiets »sous la direction de la France« und Auriol forderte wiederholt, daß die französische Wirtschaft sich schneller als die deutsche erholen müsse<sup>68</sup>.

Das Scheitern der Moskauer Konferenz und die Reihe anglo-amerikanischer Entscheidungen – von der Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen über die Bizone bis zum Marshall-Plan – zwang Gaullisten und Kommunisten, das Ziel der politischen Autonomie des Ruhrgebiets aufzugeben. An seine Stelle trat das Ruhrstatut von 1948, ein Dokument, das in weitem Maße den wirtschaftspolitischen Vorstellungen der deutschlandpolitischen Optimisten in der SFIO entgegenkam. Folgerichtig gab eine große Mehrheit der SFIO-Führer dem Statut auch seine enthusiastische Zustimmung. Im *Populaire* bezeichnete Rosenfeld das Statut als Sieg des französischen Sozialismus und der parlamentarischen Demokratie<sup>69</sup>.

Das Statut beziehungsweise seine Vorverhandlungen legten aber auch die grundsätzlichen Differenzen zwischen den deutschen und französischen Sozialisten offen. In der Ruhrfrage scheiterte das Bemühen, eine bilaterale »sozialistische Linie« zu finden, völlig, obwohl die französischen Sozialisten ihre ursprüngliche

66 »L'Internationalisation de la Ruhr«, in: *Le Populaire*, 12., 14. u. 17./18.3.1946. In Deutschland brachte die Allgemeine Zeitung, Mainz, Auszüge. S. Best.Ollenhauer 452. S. a. SCHMID (wie Anm. 31).

67 S. Bergsträssers Bericht über seine Pariser Reise im Dezember 1946, in: BERGSTRÄSSER (wie Anm. 21) S. 213 Anm. 352.

68 LOTH (wie Anm. 3) S. 54–55 u. 325–326 Anm. 98; AURIOL (wie Anm. 3) I: 28–29 (17.1.1947) u. II: 489–490 (20.10.1948) u. SCHREINER (wie Anm. 3) S. 230 Anm. 66.

69 *Populaire*, 2.1.1949; AURIOL (wie Anm. 3) S. I: 79 (13.2.1947) u. GRUMBACH (wie Anm. 39) S. 4–7. Vgl. LOTH (wie Anm. 3) S. 216–219 u. 240–241.



Position in der Eigentumsfrage der Ruhranlagen erheblich modifiziert hätten, um der SPD entgegenzukommen.

Hauptstreitpunkte waren die Begriffe »Internationalisierung« beziehungsweise »internationale Kontrolle« und »Europäisierung«. Die SFIO forderte eine internationale Kontrolle der Ruhrwirtschaft unter Mitwirkung deutscher Vertreter, die deutschen Sozialdemokraten bestanden auf Sozialisierung auf nationaler Basis. Die SPD-Führer, in erster Linie Schumacher, waren überzeugt, die SFIO hätte sich von Bidault und den Gaullisten düpiieren lassen. Sie konstatierten immer wieder, internationale Kontrolle bedeute nichts als Ausbeutung der Ruhr zugunsten Frankreichs. Die SFIO konterte mit Hinweisen auf die jüngste Vergangenheit. Mollet erinnerte das CD, daß Deutschland noch keineswegs entnazifiziert sei und daß unter diesen Umständen die Kontrolle der Ruhr durch eine deutsche Zentralregierung, auch unter sozialdemokratischer Führung, eine erneute Gefahr für den Weltfrieden bedeuten könnte. Darüber hinaus meinten SFIO-Sprecher, daß schließlich auch die SPD Vorteile aus der internationalen Ruhrkontrolle ziehen würde; es würde leichter sein, die Ruhr-Magnaten und andere reaktionäre Kräfte in Schach zu halten. Vor allen Dingen aber, betonte der Generalsekretär unter Zustimmung einer Reihe prominenter Führer seiner Partei, sei das internationale Ruhr-Regime der erste Schritt auf dem Weg zur Errichtung eines europäischen Wirtschaftsraumes, ein Gebiet das auch Frankreichs Bodenschätze umfassen sollte. Mollet brachte diese Überzeugung mit folgenden Worten zum Ausdruck: »Nous voulons une socialisation internationale, non comme action contre l'Allemagne, mais comme une exemple valable pour d'autre sujets, par exemple: le fer de Lorraine«<sup>70</sup>.

Mollet und die Mehrheit des CD wollten die Ruhr sozusagen als erstes Stück »europäischen Eigentums« in die neue europäische Föderation einbringen, ein Vorschlag, den die SPD als verdeckte Enteignung ablehnte. André Philip, der auch als Berichterstatter für das Ruhrstatut im französischen Parlament fungierte, ergänzte Mollets Grundsatzklärung mit Plänen, wie sie in diesen Wochen auch von Karl Arnold entwickelt und später im Schuman-Plan verwirklicht wurden<sup>71</sup>. Rückblickend war das Mißtrauen der SPD-Führung keineswegs berechtigt. Mit Ausnahme einer kleinen Minderheit sahen die SFIO-Führer die internationale Kontrolle der Ruhr in der Tat als erste Stufe zur Schaffung eines grenzüberschreitenden Großwirtschaftsraumes und Anfang eines föderalistischen Europas mit supranationalen Befugnissen.

Die Enttäuschung, ja Verbitterung, in den Reihen der SFIO über die Haltung der SPD zum Ruhr-Statut war groß. Mollet, Grumbach und Rosenfeld bekannten öffentlich, daß die Opposition der SPD gegen das Statut sie allzusehr an den Kampf der deutschen Reaktionäre gegen Versailles erinnere. Auriol sah seine skeptische Beurteilung der deutschen Zukunft bestätigt. Philip meinte Anfang 1949, die Einstellung der SPD-Zentrale zur Ruhrfrage zeige, daß die deutsche Partei ihren wahren sozialistischen Charakter noch nicht wiedergefunden hätte<sup>72</sup>.

70 SFIO/CD, 23.11.1948.

71 André PHILIP, *Pour une communauté réelle: le Plan Schuman*, Paris 1951.

72 SFIO/CD, 12.1. u. 19.2.1947, 2.2., 16.2., 23.2. 6.4.1949, 1.2.1950 u. 15.5. u. 26.6.1951; Markscheffel an SPD/PV, 9.4.1948 u. [Markscheffel], handschriftl. Notizen zur Ruhrfrage, ca. April 1948,



Mußten die französischen und deutschen Sozialisten schon in der Ruhrfrage immer wieder eine »divergence réelle« feststellen, so galt dies erst recht für die Vorstellungen über die Zukunft des Saarlandes. Hier gingen SPD und SFIO von grundverschiedenen Voraussetzungen aus. Für die deutsche Partei war das Saargebiet Teil des deutschen Staatsgebietes, über dessen wirtschaftliche Verwendung und politische Zukunft das deutsche Volk zu entscheiden habe. Die SFIO dagegen betrachtete das Saarland als wirtschaftlichen Sonderfall. Die französischen Sozialisten waren sich einig, daß der wirtschaftliche Nutzen des Saarlandes zumindest mittelfristig Frankreich zugute kommen müsse. Nach ihrer Auffassung war eine zeitweilige Wirtschafts-, Zoll- und Währungsunion zwischen Frankreich und dem Saarland als Kompensation für die deutsche Ausbeutung der französischen Wirtschaft während des Krieges gerechtfertigt<sup>73</sup>.

Im Gegensatz zu ihren Koalitionspartnern zogen die meisten SFIO-Führer aber einen scharfen Trennungsstrich zwischen den wirtschaftlichen und den politischen Beziehungen zwischen Frankreich und dem Saarland. Während Gaullisten, Kommunisten, Christdemokraten und besonders der gaullistische »Prokonsul« in Saarbrücken, Gilbert Grandval, einen Status für die Saar forderten, der auf halbem Wege zwischen Annexion und Protektorat lag und dieses auch im Kabinett durchsetzen konnten, lehnte die große Mehrheit der SFIO jegliche politische Angliederung ab. Die offizielle Parteiposition forderte nur einen wirtschaftlichen Sonderstatus für das westliche Bundesland (Léon Blum bedauerte später, daß er während seiner Amtszeit als Ministerpräsident nicht die Politik seines Vorgängers Bidault offiziell widerrufen hätte)<sup>74</sup>.

Die SPD-Zentrale erkannte die entgegenkommenden Gesten der französischen Partei dankbar an, ließ sich aber nicht davon abbringen, ihrerseits das Saarproblem bald zur »Gretchenfrage« der deutsch-französischen Beziehungen hochzuspielen<sup>75</sup>. Diese Entscheidung trieb die SFIO wiederum in die Defensive. Im CD trafen die Meinungen zunächst scharf aufeinander; Mollet machte sich zum Wortführer der Fraktion, die den Motiven der Deutschen und der deutschen Sozialdemokraten mißtraute. Der Generalsekretär lehnte zunächst auch eine zukünftige Volksabstimmung im Saarland ab, da, wie er meinte, die »preußische« Saarbevölkerung zweifellos für einen Anschluß an Deutschland stimmen würde<sup>76</sup>. Im Laufe der Besatzungsjahre erhielten die »Tauben« in der SFIO jedoch auch in der Behandlung der Saarfrage immer mehr die Oberhand. Hauptgrund hierfür war, daß der Stellenwert der deutsch-französischen Zusammenarbeit mit der Zeit für die französischen Sozialisten eine immer höhere Bedeutung erreichte. SFIO-Führer bestätigten wie-

Best.Ollenhauer u. SOPADE, »Sonderdienst Nr. 16«, 27.5.1948, Best.Ollenhauer, 451 u. 452. S. a. AURIOL (wie Anm. 3) II: 529, 533, u. 586 (17.11., 22.11. u. 30.12.1948) u. André Philip, Deutsche Einheit und europäische Einheit, in: Stuttgarter Zeitung, 10.2.1951 (zit. in: HRBEK [wie Anm. 4] S. 119). Vgl. SCHMID (wie Anm. 14) S. 299 über die Entfremdung zwischen SPD u. SFIO in dieser Zeitspanne.

73 S. Schumachers Rede im Bundestag, 10.3.1950, in: SCHUMACHER, Reden, S. 744. Vgl. HRBEK (wie Anm. 4) u. BENZ (wie Anm. 12) S. 32–33.

74 Pierre-Olivier LAPIE, De Léon Blum à Charles de Gaulle: Le caractère et le pouvoir, Paris 1971, S. 43.

75 SPD/PV, 1. u. 2.6.1947.

76 SFIO/CD, 26.1.1949 u. 1.2.1950.



derholt, daß sie das Saargebiet als Bestandteil der Bundesrepublik betrachteten. Schon 1949 sprach sich selbst Moch, einer der deutschlandpolitischen Scharfmacher in der SFIO, gegen die Aufnahme der Saar in den Europarat aus, da wie er sagte, »ce n'est pas un Etat, c'est une fraction de l'État allemand« und 1953 bestätigte Rosenfeld in einem Gespräch mit Günter Markscheffel, daß die SFIO die Saar immer als deutsches Land betrachtet hätte<sup>77</sup>.

Symptomatisch für die Trendwende war die veränderte Haltung Mollets. Der Generalsekretär war ein Politiker mit einem ausgeprägten Gespür für die mehrheitliche Stimmung in seiner Partei, und so überraschte es nicht, daß er, obwohl grundsätzlicher Gegner einer Volksabstimmung, schon 1949 den saarländischen Sozialisten mitteilte, daß das Land sich auf ein Plebiszit vorbereiten müsse<sup>78</sup>. Als das Votum dann 1955 eine eindeutige Mehrheit gegen die geplante Europäisierung des Saarlandes brachte, war es Mollet, zu diesem Zeitpunkt französischer Regierungschef, der entscheidend dazu beitrug, daß das Saargebiet relativ reibungslos in die Bundesrepublik eingegliedert wurde.

### Zusammenfassung

Als die Gründung der Bundesrepublik im Herbst 1949 das Ende der Besatzungszeit einleitete, schien die Bilanz der sozialistischen Deutschlandpolitik und die Zukunft der beiden Parteien auf den ersten Blick wenig positiv. Das 1945 so sehnsüchtig erwartete sozialistische Zeitalter blieb Zukunftshoffnung. Die SFIO befand sich in einer chronischen Finanzkrise und litt an zunehmendem Mitglieder- und Stimmen-schwund. Die Stärke des PCF und das lawinenartige Anwachsen des gaullistischen RPF erinnerte Mollet an die Situation der Weimarer Republik im Jahre 1932. Die Partei war Mitglied in der *troisième force* Koalition, aber ihr Einfluß reichte meistens nur, um die Politik der Partner zu blockieren; eigene Vorstellungen konnte die SFIO selten durchsetzen<sup>79</sup>.

Die SPD hatte nicht einmal die Genugtuung, einen Zipfel der Macht in den Händen zu haben. Die erste Bundestagswahl war ein unerwarteter Rückschlag; zumindest Schumacher hatte fest mit einem Sieg der Partei gerechnet. Die gescheiterte Wahlkampagne hatte schwere innen- und außenpolitische Konsequenzen. Im Wahlkampf für den ersten Bundestag hatte die SPD ihre Angriffe auf die französische Besatzungspolitik und das Ruhrstatut gerichtet, aber das Ergebnis zeigte, daß beide Wahlkampfthemen bei der Mehrzahl der Wähler nicht ankamen. Die Folgen waren innerparteiliche Depression und internationale Isolation. Die Beziehungen zwi-

76 SFIO/CD, 26.1.1949 u. 1.2.1950.

77 Markscheffel, »Gespräch mit Rosenfeld-Brutelle«, 24.3., 30.3.1953, Best.Ollenhauer 423. Vgl. LOTH (wie Anm. 3) S. 261–262.

78 S. Auriol (wie Anm. 3) I: 77 (12.2.1947), III: 310 (27.7.1949) u. III: 402 (8.11.1949) u. den Diskussionsbeitrag BECKER in: Rainer HUDEMANN, Raymond POIDEVIN (Hg.), Die Saar 1945–1955: Ein Problem der europäischen Geschichte, München 1992, S. 321–322.

79 In der Sitzung des SFIO/CD, 8.9.1948 brachte Gazier das Dilemma der Partei wie folgt zum Ausdruck: »Nous sommes numériquement trop faibles pour obtenir l'approbation de nos conceptions économiques et sociales, mais nous sommes trop forts pour permettre aux autres de faire leur politique.« S. a. QUILLIOT (wie Anm. 18) S. 82.



schen SPD und SFIO standen auf einem Tiefpunkt. Von Guy Mollet wird berichtet, er fürchtete 1949 eine mögliche Regierungsübernahme der SPD in der Bundesrepublik als »schlimmste Katastrophe«<sup>80</sup>.

Bei näherem Hinsehen verdeckten die enttäuschenden Wahlergebnisse und Krisenerscheinungen jedoch nur kurzfristig die Bedeutung von Entwicklungslinien, die die beiden Parteien und ihre Länder in eine neue Ära der Konzilianz führen sollten. In Deutschland zeigte das Bundestagswahlergebnis in der französischen Zone, wo die SPD-Zentrale ein besonders positives Echo auf ihre Angriffe gegen Frankreich erwartet hatte, daß die meisten Wähler nicht bereit waren, dem Lockruf nationalistischer und besonders anti-französischer Kampfsprüche zu folgen<sup>81</sup>. Im Gegenteil, die SPD schnitt im Durchschnitt in den Ländern der französischen Zone schlechter ab, als in den Wahlbezirken der britischen und amerikanischen Zone. Es ist auch bezeichnend, daß selbst in Rheinland-Pfalz, dem »Retortenland« der französischen Besatzungspolitik, die Landesführer der SPD eine Verschärfung der nationalen Gegensätze im Wahlkampf ablehnten<sup>82</sup>.

Im Nachhinein zeigte sich, daß die deutschlandpolitischen Auseinandersetzungen während der Besatzungsjahre entscheidend zur Instrumentalisierung der außenpolitischen Wende in der SPD und zur Revision des Deutschlandbildes in Frankreich beitrugen. In Deutschland zwangen die Erfahrungen im Wahlkampf 1949 und später Adenauers Erfolge die SPD zum Einlenken; die Landesfürsten und Jungtürken in der SPD intensivierten ihre Kritik an der Zentrale. Diese Bemühungen erreichten zehn Jahre später mit dem Bad Godesberger Programm einen durchschlagenden Erfolg. In Sachen parteiinterner Modernisierung und Erneuerung hinkte die SFIO hinter der SPD her (obwohl auch hier eine Gruppe von Jungtürken immer wieder den Durchbruch zur Volkspartei forderte), aber in der zukunftsweisenden Deutschlandpolitik waren die französischen Sozialdemokraten ihren deutschen Genossen voraus. In der SFIO siegte die konziliante Linie weit früher als in der SPD. Und nicht nur das: Die Haltung der SFIO leitete auch eine Wende in der französischen Regierung und der öffentlichen Meinung des Landes ein. Schon im Januar 1949 konstatierte der politische Berater Koenigs, Tarbé de St. Hardouin, zweifelsohne kein Freund einer »weichen« Deutschlandpolitik, daß sowohl die öffentliche Meinung in Frankreich als auch der Quai d'Orsay nun auf zukünftige Kooperation zwischen Deutschland und Frankreich setzten<sup>83</sup>.

80 GROSSER (wie Anm. 62) S. 285; SFIO/CD, 26.4.1950 u. 17.1.1951; LATTARD (wie Anm. 44) S. 32 u. LOTH (wie Anm. 3) S. 243.

81 Zu den Bundestags-Wahlergebnissen 1949 s. Gerhard A. RITTER, Merith NIEBUSS (Hg.), Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland, 1946–1987, München 1987, S. 100 u. 119–120. Die SPD erhielt 1949 im bundesweiten Durchschnitt 29,2% der Stimmen, in Rheinland-Pfalz 28,6% u. in Baden-Württemberg 23,9%. Vgl. auch Rainer HUDEMANN, Sozialpolitik im deutschen Südwesten zwischen Tradition und Neuordnung 1945–1953, Mainz 1988, S. 547.

82 Bei dieser Entscheidung spielte zweifelsohne auch die Tatsache eine Rolle, daß sich unter den Mitgliedern des Landesvorstandes vier Politiker befanden, die während des Zweiten Weltkrieges als Emigranten in Frankreich gelebt hatten, und die weiterhin gute persönliche Kontakte zu Kollegen in der französischen Bruderpartei pflegten.

83 Tarbé de Saint-Hardouin stand mit seinen Folgerungen keineswegs allein. S. Willy Brandt, »Politische Informationen«, Nr. 145, 8.1.1949, in: Best. Schumacher, J 79 I u. ROMBEK-JASCHINSKI (wie Anm. 6) S. 71.



Dieses Eingeständnis kam einer deutschlandpolitischen Revolution in Frankreich gleich, an deren Zustandekommen Sozialdemokraten in Deutschland und Frankreich – oft unbeachtet und im Hintergrund wirkend – einen nicht unerheblichen Anteil hatten. An diesem Tatbestand konnte auch de Gaulles Rückkehr als Regierungschef nichts ändern. Es gibt eine Anekdote, daß der General, als er 1958 wieder die Regierungsgeschäfte übernahm, seine alten Mitstreiter im Quai d'Orsay fragte, was von seiner ursprünglichen Deutschlandpolitik nachgeblieben wäre. Die einhellige Antwort lautete, *rien*<sup>84</sup>. Es entbehrt nicht der historischen Ironie, daß de Gaulle 1958 ein deutsch-französisches Verhältnis erbe, daß das beherrschende Ziel des Generals, Sicherheit vor Deutschland, mit Methoden erreicht hatte, die de Gaulle und seine Anhänger im Verlauf ihrer ersten Regierungszeit leidenschaftlich bekämpft hatten, während die Initiatoren der Politik der Kooperation, die französischen Sozialisten, nun auf mehr als ein Jahrzehnt die politische Bühne räumen mußten.

#### RÉSUMÉ FRANÇAIS

La littérature historique sur les relations franco-allemandes dans la suite immédiate de la Seconde Guerre mondiale néglige curieusement le rôle des socialistes des deux côtés du Rhin. Dans la plupart des histoires, les socialistes ont l'air d'avoir été des spectateurs naïfs, indifférents, et inefficaces en même temps que d'autres déterminaient le sort de l'Allemagne.

Cette comparaison de la politique et des idées avancées par la Section Française de l'Internationale Ouvrière (SFIO) et le Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) démontre que cette image est déformée et incomplète. Les chefs des deux partis présentèrent une profusion d'idées et de projets politiques, et un examen rétrospectif démontre que ces projets contribuèrent sensiblement à établir les relations franco-allemandes sur un nouveau pied et à rendre possible l'unification européenne.

Même avant la fin de la guerre, les chefs de la SFIO présentèrent des idées sur l'avenir de l'Allemagne qui différaient beaucoup de celles avancées par Charles de Gaulle et Pierre Koenig. Suivant Jean Jaurès et Léon Blum, les meneurs socialistes insistèrent sur le devoir des pourvoir alliés d'agir comme des mentors afin d'assister les forces naissantes de la démocratie allemande à établir un État démocratique viable et de le réintégrer dans la famille européenne de nations.

Au premier coup d'œil, les projets du SPD pour l'avenir de l'Allemagne ont l'air d'être le miroir des idées gaullistes de cette première époque. Sous son chef charismatique mais souvent fourvoyé, Kurt Schumacher, le SPD insista à ce que l'Allemagne soit restauré immédiatement à la souveraineté nationale et aux frontières intactes de 1937. Schumacher soutena cette ligne nationaliste parce qu'il était convaincu (à tort, paraît-il) que si le SPD allemand faillit à saisir la question nationale, les groupes communistes et fascistes s'en empareraient au préjudice de la démocratie allemande.

Heureusement pour l'avenir du SPD et des relations franco-allemandes améliorées, un groupe de réformateurs dans le parti lança un défi vigoureux au concept stratégique de Schumacher. Les critiques sortaient de deux camps: les ministres des Länder – tels que Ernst Reuter, Wilhelm Kaisen, et Max Brauer – et, après 1949, les porte-parole de la délégation SPD du Bundestag, notamment Fritz Erler et Carlo Schmid.

Vers le milieu des années 1950, les réformateurs gagnèrent le parti. La politique allemande et européenne du SPD se met en parallèle à celles de la SFIO.

84 Die Anekdote in: WEISENFELD (wie Anm. 2) S. 92.